Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monat. 380 M. frei Haus, zzgl. b. Vorzeig. der Quittung: Abweichung nur statthaft bei Aufgabe des Bezugs im Barmonat. Bei Abholg. mon. 370, wöchentl. 90 M. — Postbezug monatl. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei 4 Seiten 15 M., 6 Seiten 18 M. u. 8 Seiten 20 M. Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Naturereignis) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 12,00 M., im Reklameteil 54,00 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 10 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend. Postscheckkonto: Leipzig 39070. Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466. Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 286. Mittwoch den 6. Dezember 1922 49. Jahrg.

Zum Prozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Vor den Schranken des Staatsgerichtshofs in Leipzig, wo seit Montag der elende Mordversuch an Scheidemann verhandelt wird, wurde gestern eine Zeugin befragt. Sie hatte eine genaue Schilderung des Mordplanes erhalten. Man fragte sie, ob ihr denn nicht ernste Bedenken gekommen seien? Die Zeugin bemerkte, in Oberschlesien geschehe so viel, da sei dieser Fall ihr „belanglos" erschienen. Belanglos! Noch mehr der Ungeheuerlichkeiten: Ein Angeklagter berief sich auf — Gott. Dieser habe ihm die Waffe in die Hand gedrückt. Der Mann sprach diese Blasphemie in voller Öffentlichkeit aus, empfindungslos für die Gotteslästerung, die darin liegt. In den Kreisen, die den Meuchelmord verehren, meint man also noch göttlichen Gebot zu handeln? Die weitere Verhandlung ergab, daß die Befragung des göttlichen Gebots in einem Kartenspiel „Sechsundsechzig" erfolgt ist. Tribialere Menschen als diese kann man sich also schwer vorstellen. Weitere charakteristische Einzelzüge: die Angeklagten, die Scheidemann gegenüberstehen, treten mit größter Dreistigkeit auf, ja, wurden noch in der Schlußverhandlung nach Scheidemanns politischer Verteidigung gegen ihn aggressiv. Es berührte sie offenbar nicht, dem Mann ins Antlitz zu schauen, den sie morden wollten. Moralische Hemmungen kennt dieses Gesindel nicht. Darum reden sie denn auch so großspurig von — Gott. — Ein Zeuge begegnete einem dieser Helden im Walde unmittelbar nach der Tat. Die Hilferufe der Tochter gellten durch den Wald. Der Verbrecher aber, der das Bewußtsein haben mußte, soeben gemordet zu haben, rannte lachenden Gesichts davon. Mit jener Befriedigung, die Tillessen seinem Bruder so gut nachempfand, als er sagte: „Das ist mein Brüderchen, der hat Erzberger gekillt."

Es ist ein unbedeutendes, geistig armliches Gesindel, das so denkt und so handelt. Verworren, verroht, mit einem breitspurigen Selbstbewußtsein ihre Hohlheit verdeckend. Der Meuchelmord gehört sozusagen zu ihrem geistigen Inventar. Er ist ihnen eine Selbstverständlichkeit. Und sie sind so schamlos, das deutsch zu nennen. Angriffe von hinten auf Wehrlose unter sorgfältiger Maskierung nennen sie national.

*

Es ist auch diesmal nur eine traurige Nachlese, die gehalten werden kann. Der Oberreichsanwalt sagte es in seinem Schlußantrag (vergleiche Prozeßbericht auf der Beilage), daß Hintermänner vorhanden, aber nicht faßbar sind. Das Verbrechen hängt in der Kette Erzberger-Scheidemann-Rathenau, aber die Hauptschuldigen sind nicht zu fassen. Die Organisation C verschließt auch diesmal Angeklagten und sogar Zeugen den Mund. Man muß es deren Angehörigen lassen, daß sie sich darauf verstehen, Terror zu üben, Schweigen zu erzwingen. Am Prozeßorte sitzt hinter Schloß und Riegel nun auch der „Consul" selbst. Auch er befolgt die erprobte Taktik, anzugreifen. Er protestiert gegen seine Festnahme. Er ist sich keines Vergehens bewußt. Ein völlig korrekter Mann! Es ist Zufall, daß Kern und Fischer ihm vor dem Ende gehuldigt haben, und es ist Zufall, daß die beiden jetzt Angeklagten sich mit Vorliebe als Erhardtleute aufgespielt haben ...

*

Eine Erquickung ist, in dem Wust von rohen, von unwahren Aussagen, von hohlen „nationalen" Redensarten dann die klare Rede des Oberreichsanwaltes zu vernehmen. Er spricht scharf und gerecht. Und das ist es auch, was dem Staat gegenüber all diesen Bestrebungen nottut, die mit frecher Verachtung der Gesetze ihren Machtstaat im Staate aufzurichten suchen: Schärfe und Gerechtigkeit.

Mit der größten Aufmerksamkeit aber sollten alle Erzieher die Symptome studieren, die sich in dergleichen Prozessen ergeben. Die Wahrung des nationalen Rechtsgefühls ist eine nationale Existenzfrage. Endlich aber ist das Prozeßergebnis ein durchaus persönliches Kapitel für alle diejenigen Rechtstehenden, die noch am Christentum festhalten. Es sei ihnen gesagt: Zwischen den Propagandamethoden der rechtsradikalen Presse und den Meuchelmordmethoden der Kern, Fischer, Tillessen, Hustert, Oehlschläger und Genossen besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Es genügt nicht, nach solchen Untaten entsetzt von solchen Verbrechern abzurücken. Es ist vielmehr nötig, die ganze Art und Weise der Propaganda mit zu bekämpfen, die zu solcher bodenlosen Versumpfung unseres öffentlichen Lebens führt. Wir betonen, daß eine solche Aufforderung nur denen gegenüber Sinn hat, die christlich-konservativ denken.

Man muß Prozesse wie den vor dem Leipziger Staatsgerichtshof in ihrer allgemeinen Bedeutung würdigen. Der Prozeß gegen die des Mordversuchs an Scheidemann Schuldigen ergibt, daß der wüste und sinnlose Radikalismus, der diesem und den verwandten Verbrechen zugrunde liegt, letzthin auf unsere nationale Selbstvernichtung hinauslaufen muß. B.

Das Programm für die Londoner Vorkonferenz.

Man wird es nunmehr als feststehend betrachten dürfen, daß in London Vorbesprechungen für die Brüsseler Finanzkonferenz stattfinden. Weniger endgültig festzustehen scheint, ob diese Beratungen wirklich am 9. Dezember beginnen werden. Wenn man einer Meldung des Pariser Timeskorrespondenten glauben darf, so wünschen die Franzosen in London über folgende sieben Punkte eine Einigung zu erzielen: 1. Endgültige Festsetzung der Höhe der deutschen Schuld, 2. Zahlungsmethode, 3. Verteilung der Zahlungen unter die Alliierten, 4. Liquidation der gegenseitigen alliierten Schulden, 5. Wiederherstellung der deutschen Finanzlage unter alliierter Kontrolle, 6. Aufbringung einer internationalen Anleihe, 7. Maßregeln für den Fall einer deutschen Nichterfüllung. Man wird zugeben müssen, daß diese Problemstellung sehr richtig gesehen ist, aber ebenso wenig ist zu leugnen, daß diese sieben Punkte ebensoviele Differenzpunkte sind. Denn wenn es bisher möglich gewesen wäre, auch nur über die wichtigsten dieser Punkte eine Einigung unter den Alliierten zu erzielen, so wäre die Londoner Vorkonferenz ebenso überflüssig, wie die Brüsseler Konferenz. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß London wichtiger sein kann als Brüssel. Denn hier soll die künftige gemeinsame Linie der Alliierten festgelegt werden, um in Brüssel eine geschlossene Front gegenüber Deutschland zu bilden. Hinter die französische Erwartung, daß es so kommen werde, darf man aber vor der Hand noch ein großes Fragezeichen machen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil hier ein gewisser Unsicherheitsfaktor gar nicht mit in die Berechnung einbezogen ist: nämlich Herr Mussolini. Ein kleines Tröpfchen Wermuth ist den Franzosen ohnehin schon in den Becher ihres Leidens gefallen dadurch, daß der italienische Ministerpräsident sich direkt nach London begeben wird, ohne vorher in Paris Station zu machen, um mit Herrn Poincaré Rücksprache zu nehmen.

Verhandlungen zwischen Reich und Ländern.

Zehn Jahre Zuchthaus für Hustert und Oehlschläger.

Berlin, 6. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder traten heute vormittag erneut zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zusammen. Die Beratungen dürften heute zum Abschluß kommen. Auch die Verhandlungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die Antwort auf die Sühnenote wurden heute vormittag fortgesetzt. Das Reichskabinett hat noch nicht endgültig Stellung zu dieser Frage genommen. Alle Nachrichten über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwort eilen den Tatsachen voraus. Es ist im übrigen nicht anzunehmen, daß die Note schon heute oder morgen ihre Beantwortung finden wird; vielmehr wird der bayerische Ministerpräsident nach seiner Rückkehr aus Berlin in München über die Besprechungen mit der Reichsregierung Bericht erstatten und dann erst eine Stellungnahme der bayerischen Regierung herbeiführen. Die Beschlüsse der bayerischen Regierung werden sodann der Reichsregierung übermittelt werden, die für die Beantwortung der Note zuständig ist. Da eine ultimative Frist für die Erfüllung der Forderungen mit dem 10. Dezember angegeben ist, so verträgt die Angelegenheit natürlich keine Verschleppung. Es kann auch als sicher angenommen werden, daß die Antwort der deutschen Regierung in der vorgeschriebenen Zeit erfolgt.

Die neue Note der Botschafterkonferenz.

Berlin, 6. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Zu der neuen Note der Botschafterkonferenz über die Umwandlung der Interalliierten Militärkontroll-Kommission in eine Militär-Garantie-Mission hat die Reichsregierung noch nicht Stellung genommen. Die Fälle liegen hier nicht ganz so einfach, wie es zunächst den Anschein hat. Gewiß würde eine solche Umwandlung finanzielle Vorteile für das Reich mitbringen, die aber teuer erkauft werden müssen. Während nach dem Versailler Vertrag die Interessierte Militärkontroll-Kommission nach Erfüllung ihrer Aufgaben verschwinden muß, versucht die Entente die Überwachung durch die Garantiekommission auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Dementi der Türken.

Lausanne, 6. Dez. (WTB.) Ismed Pascha hat die Presse zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachrichten über die Lage der Christen in Konstantinopel dazu angetan sind, Verwirrung hervorzurufen. Sie würden nur verbreitet, um die Verhandlungen zugunsten Griechenlands zu beeinflussen.

Das Urteil im Scheidemann-Prozeß.

Leipzig, 6. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Angeklagten Oehlschläger und Hustert wurden wegen gemeinsamen Mordversuchs, Oehlschläger auch wegen unerlaubten Waffenbesitzes wie folgt verurteilt: Oehlschläger zu 10 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Hustert zu 10 Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der Reichspräsident und Minister Oeser in Dessau.

Dessau, 6. Dez. (WTB.) Der Reichspräsident und Minister Oeser sind, einer Einladung der Anhaltischen Regierung folgend, heute vormittag hier eingetroffen. Nach dem Empfang auf dem Bahnhof begaben sich die Herren in das Staatsministerium, wo ihnen die Mitglieder der Landesregierung vorgestellt wurden. Im Laufe des Tages besichtigten die Gäste die philantropische Ausstellung in der Landesbücherei, die Junkerwerke und die Einrichtungen des Konsum-Vereins. Am Abend findet in den Räumen des Staatsministeriums ein größerer Empfang statt.

Das Vermögen Ehrhardts beschlagnahmt.

Leipzig, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Beschwerde des Kapitänleutnants Ehrhardt gegen den Haftbefehl zurückgewiesen. Weiter hat der Gerichtshof beschlossen, Ehrhardts gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen. Wie verlautet, verfügt der Verhaftete über ein sehr beträchtliches Vermögen in Bayern.

Die Lage der Christen im Orient.

Lausanne, 6. Dez. (WTB.) Der päpstliche Nuntius in Bern Mgre Maglione hatte gestern mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Besprechungen über die Lage der Christen in Kleinasien, wobei auch die Athener Putschtreise gestreift wurden. Im Auftrage des Vatikans intervenierte er bei Venizelos und erhielt von ihm beruhigende Zusicherungen.

Der Nuntius hat ferner an den Präsidenten der Lausanner Konferenz eine Note gerichtet, in der der Heilige Stuhl namens der Humanität bringend um sofortige wirksame Maßnahmen zur Sicherstellung der schon so grausam heimgesuchten christlichen Bevölkerung in der Türkei ersucht.

Kritische Stunden in Lausanne.

Die Klippen der Meerengen. — Eigenwille Italiens.

Der erste Riß im Block der Verbündeten auf der Orientkonferenz ist nunmehr offenbar geworden. Die Vertreter der verbündeten Westmächte halten gestern abend in einer längeren Besprechung eine Note redigiert, die heute in Fortsetzung der gestrigen Verhandlungen über die Meerengenfrage der russischen Delegation als Antwort auf die gestrige Rede Tschitscherins vorgelegt werden sollte. Als die Note fertig vorlag, erklärte der italienische Delegierte Garroni, daß er die Note entsprechend seinen Vollmachten

nicht unterzeichnen könnte.

Er werde aber noch in der Nacht ein Mitglied der Delegation nach Rom senden, um den Ministerpräsidenten zum Anschluß an die Note zu bewegen. Tatsächlich ist Baron Lago, von Garroni persönlich nach der Bahn gebracht, um 11 Uhr nachts nach Rom abgereist.

Es ist natürlich die Frage, ob die bereits für heute angesetzte Fortsetzung der Meerengendebatte stattfinden wird. Politisch von höchster Bedeutung ist die Tatsache, daß man nun positiv weiß, was man vorgestern und gestern bereits vermutete: daß in der Meerengenfrage unter den drei anwesenden Hauptmächten keineswegs Einigkeit besteht.

Bayern und die Strafnote.

Besprechung im bayerischen Landtag.

München, 6. Dez. (WTB.) Zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung gab Präsident Königsbaur eine Erklärung ab zu den Gewaltmaßnahmen der Entente gegen die Städte Ingolstadt und Passau, in der er namens des bayerischen Landtags schärfste Verwahrung genen die Forderungen der Botschafterkonferenz einlegte. Es komme darin die neue Erpressungsmethode zum Ausdruck, mit der der Weg zum Raub deutschen Eigentums im besetzten Gebiet frei gemacht werden soll. Das Vorgehen der Botschafterkonferenz ziele offenbar darauf ab, Zwietracht zwischen Bayern und dem Reich und zwischen Bayern und der Pfalz zu säen und den langgehegten Plan der Ausbeutung und der Besitzergreifung deutscher Länder verwirklichen zu können. Der Landtag habe zu der bayerischen Staatsregierung das Vertrauen, daß sie den Weg gehen wird, auf dem die Ehre und Würde des deutschen Namens gewahrt und die standhafte Treue der wackeren Pfälzer gewollt wird. Die Erklärung des Präsidenten wurde vom Hause mit lebhafter Zustimmung begrüßt.

Dollar mittags 12 Uhr: 8325.

Amerikanische Warnungen.

London, 6. Dez. (WTB.) Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte gestern auf einem Essen im amerikanischen Klub zur europäischen Lage, die ganze Welt stehe einer großen Gefahr gegenüber. Die Zusammenkunft der Premierminister der vier alliierten Mächte Europas Ende dieser Woche sei

die bedeutsamste Begegnung, die seit 1918

stattgefunden habe. Es gebe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. Es gebe solche Dinge, wie das Aushungern von Nationen durch andere. Wenn die Premierminister der vier großen Nationen Europas die Gefahr nicht abwenden könnten, welchen Zweck habe es denn, irgendwelche größeren und besseren Ergebnisse von der Zusammenkunft untergeordneter Persönlichkeiten in Brüssel zu erhoffen? In London müsse innerhalb der allernächsten Wochen eine internationale Vereinbarung erzielt werden.

Paris, 6. Dez. (WTB.) Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson, Tumulty, der von einer längeren Studienreise in Deutschland zurückgekehrt ist, hat einem Berichterstatter des „Intransigeant" erklärt: Die Lage in Deutschland ist kritisch. Das Schicksal Deutschlands wird sich in sechs Monaten entscheiden. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung von seiten Frankreichs und Englands findet — und Amerika sei bereit, mit dabei zu helfen —, so glaube er, daß eine Katastrophe von unberechenbaren wirtschaftlichen Folgen das Ergebnis sein werde. Er werde in Amerika seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die in Deutschland gewonnenen Eindrücke zur Geltung zu bringen.

Aus dem reichen französischen Phrasenschatz.

Der französische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 5. Dez. Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten französischen Botschafter de Margerie zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. Dabei hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er ausführte, er werde alles tun, um die Absichten seiner Regierung zu verwirklichen, die in friedlicher Arbeit (!) an der Aufrechterhaltung jener Politik der wirtschaftlichen Stabilität mitzuarbeiten wünsche (!), die allein nach so großen Erschütterungen die Nationen in die Lage setzen könnte, in gegenseitigem Vertrauen ihren Entwicklungsgang wieder aufzunehmen. Er wolle den Beweis für den aufrichtigen Wunsch seiner Regierung liefern, daß zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages die für den Fortschritt dieser neuen Welt unentbehrlichen Beziehungen wiederhergestellt und entwickelt werden. Er bringe dafür neben leidenschaftlichem Wahrheitskult und entschlossenem Streben nach Einhaltung der richtigen Maße (!) die unerschütterliche Absicht mit, die Rechte Frankreichs zu wahren und die Rechte Deutschlands zu achten. Er vertraue darauf, daß der Präsident und die deutsche Regierung ihn hier unterstützen werden, da sonst seine Arbeit Gefahr laufe, nicht alle ihre Früchte zu zeitigen. Der Reichspräsident antwortete u. a.: Die deutsche Reichsregierung werde alles tun, um jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die das Ziel der Gegenwart sei. Jener Sinn für Maß und Wahrheit, den der Botschafter erwähne, werde dabei entscheidend mitzuwirken haben. Der Botschafter werde, wenn er die immer schwerere Lage Deutschlands näher kennen lerne, Gelegenheit finden, mit seiner reichen diplomatischen Erfahrung dem Frieden zu dienen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0001

Außenpolitische Übersicht.

Neue Ministerkrise in Südslawien.

Belgrad, 5. Dez. (Priv.-Telegr.) Hiesigen Blättern zufolge steht in kürzester Zeit eine neue Ministerkrise, wahrscheinlich die Gesamtdemission des jetzigen Koalitionskabinetts bevor. Der Ministerpräsident Paschitsch erachte es als notwendig, die innerpolitische Lage vollkommen zu klären, und halte den Rücktritt des Kabinetts für das beste Mittel zu diesem Zweck.

Bevorstehende Neuwahlen in Deutsch-Österreich.

Wien, 5. Dez. (Priv.-Telegr.) In Kreisen der Mehrheitsparteien des Nationalrats finden seit einigen Tagen Verhandlungen über die Frage statt, ob es nicht angesichts der Erledigung der mit den Genfer Vereinbarungen zusammenhängenden Gesetze zweckmäßig wäre, die Durchführung dieser Gesetze einem neuen Nationalrat zu überlassen. Die Mandatsdauer des gegenwärtigen Nationalrats endigt erst im Oktober 1923. Eine Entscheidung ist in den allernächsten Tagen zu erwarten, und die Neuwahlen dürften dann für Mitte März ausgeschrieben werden. Die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen erwarten in dem jetzigen Zeitpunkt, da der Eindruck des Genfer Werkes in der Bevölkerung sehr günstig ist, für die Neuwahlen einen großen Erfolg gegenüber den Sozialdemokraten.

Zuspitzung der Lage in Athen.

Berlin, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung des „Matin" aus Belgrad hat der König von Griechenland die Auflösung des revolutionären Komitees verlangt. Nur unter dieser Bedingung erklärte er sich bereit, weiter zu regieren. In den revolutionären Kreisen Griechenlands hat dieser Schritt des Königs lebhafte Mißstimmung hervorgerufen. Die Mitglieder des revolutionären Komitees halten die gesamte griechische Dynastie für schuldig an dem Unglück des Landes. Sie tragen sich daher mit dem Gedanken, nunmehr die Republik auszurufen und dem König die Abreise aus Athen nahezulegen.

Türkische Übergriffe.

London, 6. Dez. Einer Reutermeldung aus Konstantinopel vom 5. Dezember besagt: Türkische Polizei verhinderte die Einschiffung von Griechen und Armeniern, die Konstantinopel verlassen wollten. Britische Truppen besetzten darauf das Zollamt und deckten mit Hilfe von Maschinengewehren die Einschiffung. Die türkische Polizei die Ausschiffung von Flüchtlingen von Sassun, die sich an Bord eines französischen Dampfers befanden. Der Zwischenfall beschäftigt die alliierten Oberkommissare.

Die belgischen Sozialisten gegen den Besatzungswahnsinn.

Brüssel, 6. Dez. (WTB.) Die belgische sozialistische Partei beabsichtigt, dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam Entschließungen zu unterbreiten über die Herabsetzung der deutschen Schuldenzahlungen mit einer internationalen Anleihe und als Gegenstück die Niederschlagung der interessierten Schulden, sowie ferner die Herabsetzung der Kosten für die fremde Besatzung und Verringerung der Besatzungsdauer auf eine kurze Zeit.

Kabinettskrise in Serbien.

Belgrad, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Das serbische Kabinett Pasitsch ist zurückgetreten. Der Grund des Rücktritts ist der, daß er der Minderheitsfragen nicht Herr werden konnte. Wie alle neugegründeten Staaten hat auch der jugoslavische Staat sich an Volksteilen gemästet, die, wie die katholischen Kroaten, nichts mit ihnen zu tun haben wollten. So spielt sich in Jugoslavien derselbe Kampf ab, der in Polen, in Rumänien, in der Tschecho-Slowakei beobachtet werden kann.

Pilsudski tritt endgültig zurück.

Warschau, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Der polnische Staatspräsident Pilsudski hat erklärt, daß er auf eine Wiederwahl unwiderruflich verzichte. Dieser Rückzug ist als ein Sieg der Rechten anzusehen, der Pilsudski seit langem ein Dorn im Auge war. Ein Kandidat für den Posten ist noch nicht nominiert, voraussichtlich wird der Bauernführer Witos aufgestellt werden. Witos ist ein Mann nach dem Sinne der Rechten, da er bereit ist, die Rechte der Minderheiten mit Füßen zu treten.

Faszist und Bolschewik.

Lausanne, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Russe Krassin ist von Mussolini empfangen worden. In der Besprechung wurde vereinbart, daß Italien einen politischen Vertreter nach Moskau senden und daß ein Komitee zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen zusammentreten soll. Der Faszist und der Bolschewik Arm in Arm!

Konferenz der mittelamerikanischen Länder.

Washington, 6. Dez. (WTB.) Gestern ist hier die Konferenz der mittelamerikanischen Länder eröffnet worden. Die Vereinigten Staaten werden durch den Staatssekretär Hughes vertreten. Nach dem „New York Herald" ist dieser zum Vorsitzenden gewählt worden.

Deutschland.

Unterwühlung der großen Koalition in Preußen.

Schon seit die Sozialdemokratie sich aus der Reichsregierung herausmanövriert hat, gibt es gewisse Kreise, die nicht müde werden, zu nörgeln und zu bohren: wenn es im Reiche ohne die Sozialdemokraten geht, geht es auch in Preußen ohne sie. Abgesehen davon, daß es einfach unsinnig ist, die verschiedenartigen Aufgaben im Reiche und in den Ländern und die Mitarbeit der Parteien miteinander gleichzustellen, ist es auch ein nicht zu rechtfertigendes Beginnen, die große Koalition in Preußen, die sich bisher durchaus bewährt hat, auf solche Art zu unterminieren. Außerdem ist es so unbemokratisch wie möglich, die größte Partei aus der Regierungstätigkeit ausschließen zu wollen. Das ist doch wirklich das verfehlteste und umgekehrte Verfahren: statt sich strebend zu bemühen, den Boden für die große Koalition im Reiche zu ebnen, diese Koalition in Preußen und damit doch wohl überhaupt in den Ländern zu zerstören. Die Deutsche Volkspartei wird zweifellos genug genug sein, sich von solchen Putschtaktiken nicht den Nacken steifen und aufbeißen zu lassen.

Beginn der Berliner Ministerpräsidenten-Konferenz.

Berlin, 6. Dez. (WTB.) Gestern nachmittag um 6 Uhr fand beim Reichskanzler eine Besprechung mit den präsidierenden Ministern der deutschen Länder statt, an der auch die stimmführenden Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat teilnahmen. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichskanzlers erstatteten die zuständigen Ressortminister über die außenpolitische, innerpolitische, finanzielle, soziale und erwärtungswirtschaftliche Lage kurze Berichte, die heute Gegenstand der Aussprache sein sollen.

Ministerpräsident Buck in Sachsen wiedergewählt.

Dresden, 6. Dez. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Ministerpräsident Buck wiedergewählt. Es entfielen auf ihn 49 sozialistisch-kommunistische Stimmen.

Die Rechtsunsicherheit im Saargebiet!

Saarbrücken, 4. Dez. Die Regierungskommission hat sich in der letzten Zeit ihrer Amtsführung wiederholt Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden des Saargebietes erlaubt. Wohl den schwersten Übergriff des Saargebietes stellte es dar, als der Präsident der Regierungskommission am 4. v. Mts. verfügte, daß die Lehrkräfte an den höheren Schulen der Stadt Saarbrücken in Franken zu besolden seien. Damit verbunden war die Zwangsetatisierung. Es handelt sich um eine Belastung von 400 000 Franken für den Stadtsäckel. Gegen dieses Vorgehen der Aufsichtsbehörde reichte die Stadtverwaltung Klage beim Oberverwaltungsgericht ein. Das Gericht wies die Klage der Stadt zurück. In einer kurzen Urteilsbegründung stellte es sich auf den Standpunkt, daß „von einer gesetzlich der Gemeinde nicht obliegenden Verpflichtung nicht die Rede sein könne, daß gesetzlich der Gemeinde obliegende Leistungen nicht nur solche sind, die der Gemeinde unmittelbar durch Staatsgesetz auferlegt sind, sondern auch auf Beschlüssen der Behörden beruhen". Die Aufsichtsbehörde sei nicht nur zuständig, sondern sie habe auch eine öffentliche Leistung festgestellt und dadurch eine gesetzliche Verpflichtung geschaffen, die sich nicht bestreiten lasse. Durch dieses Urteil, das noch näheren der Begründung bedarf, ist die Rechtsunsicherheit im Saargebiet keineswegs aus der Welt geschafft, sondern eher noch verstärkt worden.

Der Anschlag auf das rheinisch-westfälische Kohlengebiet.

Paris, 4. Dez. (Priv.-Telegr.) Von gut unterrichteter Seite erfahren wir noch folgende Einzelheiten über die bekannte Ministersitzung im Elysée. Eines der Hauptargumente Frankreichs zur Stützung seines Planes war der Hinweis, daß der Machtspruch über das rheinisch-westfälische Kohlengebiet damit auch einen ausschlaggebenden Einfluß auf die innere deutsche Politik gewinne und sogar gange Landesteile dadurch völlig von ihm abhängig machen könne.

Dieser Hintergedanke ist also die Gefahr und nichts weniger als ein Aufgreifen der bekannten französischen Separationspläne hinsichtlich Süddeutschlands usw.

Des Rheinlandes Reichswille.

Köln, 6. Dez. (WTB.) Die großen Sportvereinigungen in den Rheinlanden, und zwar auch Vertretungen der Arbeiter-Sportverbände, haben einmütig mit den bürgerlichen Organisationen in einer gemeinschaftlichen Kundgebung ihren Willen zum Ausdruck gebracht, für ihre Heimat einzutreten und deutsch zu bleiben trotz aller eroberungslüsternen Bestrebungen, sie von ihrem Vaterlande, der deutschen Kultur und ihren Hauptverbänden zu trennen.

Neuer Willkürakt in Wiesbaden.

Wiesbaden, 5. Dez. (EU.). Der politische Dezernent bei der Regierung in Wiesbaden, Dr. Prange, der erst vor einiger Zeit nach einer Haussuchung im Wiesbadener Regierungsgebäude von der französischen Polizei verhaftet, später aber wieder aus der Haft entlassen worden war, ist erneut festgenommen worden. Über die Gründe verlautet noch nichts.

Groener gegen Menne.

Der wegen Leitung des Eisenbahnerstreiks aus dem Reichsdienst entlassene Eisenbahnsekretär Menne hat in einer Beamtenversammlung in Kreisen Behauptungen aufgestellt, gegen die sich der Reichsverkehrsminister Groener in dem folgenden Schreiben wendet: „Die Behauptungen des Herrn Menne, die Regierung habe ihm ein Dezernat als Regierungsrat und, als er dies abgelehnt habe, späterhin Millionen angeboten, wenn er von der Beamtenbewegung zurücktrete, ist unwahr. Wegen dieser Behauptung, die geeignet ist, das Reichsverkehrsministerium in der Öffentlichkeit herabzusetzen und verächtlich zu machen, habe ich Antrag auf gerichtliche Bestrafung des Herrn Menne gestellt."

Provinz und Nachbarländer.

Überfahren. — Selbstmordversuch.

† **Halle.** Am Sonntag wurde in der Reilstraße eine Frau von einem Personenauto überfahren. Sie kam unter den Wagen zu liegen. Der Kraftwagenführer schaffte sie sofort in ihre Wohnung. — Am Sonnabend versuchte sich ein junger Mann in der Wohnung seiner Mutter zu vergiften. Er wurde in bewußtlosem Zustande der Klinik zugeführt. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Merseburg und Umgegend.

6. Dezember.

Das Ammoniakwerk Merseburg und der Wiederaufstieg.

Im Sinne der Ausführungen des Reichsministers Oeser am Sonntag in Merseburg sollen im Erntejahr 1923 der deutschen Landwirtschaft mehr Düngemittel zur Verfügung gestellt werden, damit der Boden das letzte gibt, was er zu geben imstande ist. Auch die frühere Reichsregierung tat, was in ihren Kräften stand, um die Produktion an Stickstoff zu steigern. Von den Reichswerken, die an der Herstellung des Stickstoffs beteiligt sind, die Werke in Chorzow in Oberschlesien zurzeit von den Polen beschlagnahmt, während die Bayerischen Stickstoffwerke am Inn für die deutsche Landwirtschaft arbeiten. Unter den privaten Stickstoffwerken ist in erster Linie das Ammoniakwerk Merseburg zu nennen, das mit Reichsunterstützung während des Krieges errichtet wurde.

Vor dem Krieg produzierten wir pro Jahr 220 000 Tonnen künstlichen Stickstoff. Im Jahre 1921/22 hatten wir an inländischem Stickstoff 290 000 Tonnen zur Verfügung, also 70 000 Tonnen mehr. (Hier darf nicht vergessen werden, daß große landwirtschaftliche Gebiete nach dem Kriege von Deutschland abgetrennt worden sind.) Für das Ende des Jahres 1922/23 stehen 340 000 Tonnen zur Verfügung.

Der Hauptteil kommt aus dem Leuna-Werk,

der Rest von den Kalkstickstoffwerken in Oberbayern, ferner aus einigen Kokereien, die gegenüber dem Frieden sehr zurückgegangen sind. (Verlust von Lothringen) und von einigen Nutzenzisternen des Stickstoffsyndikats. Die 40 000 Tonnen der Kalkstickstoffproduktion in Ober-

Maria Stuart.

Erstaufführung im Halleschen Stadttheater am 4. Dezember.

Die Dramaturgie dieses Stückes steht in den Briefen Schillers an Goethe, verstreut, hier und da mit einer feinen Bemerkung des um die Gestaltung ringenden Dichters von Grund aus erhellt. 1799 im April schreibt er von Jena, daß er sich in den Stoff vertieft und sogleich „großen Glauben" in ihn faßte. Schon damals ist er sich klar, „den ganzen Gerichtsgang zugleich mit allem Politischen auf die Seite zu bringen und die Tragödie mit der Verurteilung anzufangen". Meister geworden, streift er also von Anbeginn die historische Fülle ab und erkennt das Dramatische des Stoffs in der seelischen Entwicklung. So schreibt er nach zwei Monaten mit Wärme von der „tragischen Qualität des Stoffes". Meine Maria wird keine weiche Stimmung erregen ..." Herb und groß steht er schon diese Gestalt vor sich. — Wieder nach zwei Monaten; der Theaterkenner, der Bühnenkünstler regt sich, wacht über den Entwürfen: „Ich hoffe, daß in dieser Tragödie alles theatralisch sein soll, ob ich sie gleich für den Zweck der Repräsentation etwas enger zusammenziehe ..."

Das sind nur wenige Schlaglichter und sagen doch mehr als ein Dutzend Dissertationen, zeugen von der Formensstrenge, dem bewußten Gestalten der Architektonik dieses Stückes, dem erfüllten Schöpfervollen: dem Grundgesetz des Dramatischen gemäß die Handlung aus dem Innern der Handelnden zu gestalten und doch „theatralisch" zu bleiben.

*

Die gestrige Aufführung überzeugte wieder von der hinreißenden Bühnenwirkung des Stückes. Zwar nicht die Majorität des Publikums, das kühl blieb und nach Belieben Zusammenbruch befriedigt seine Plätze verließ in der Annahme, nun sei ja alles tot und die Tragödie fertig. Die Garderobefrauen geben die nötigen literarischen Aufklärungen und man strömte zurück. (Schiller hatte für das Publikum ein böses Lächeln und — Xenien. Es bleibt sich immer gleich.)

Aber die auf der Bühne wußten ja, daß Schiller im Volk der Dichter und Denker nicht „zieht". Und da sie ihn sowieso selten spielen dürfen, wegen der „Frequenz", entfalteten sie besondere Kraft. Lob und Preis vor allem der Ellen Daub (Maria Stuart). Herb, grandvoll, königlich. Eine ganz durchgearbeitete Leistung. Warum steht man sie in Halle so selten in großen Rollen? Sie verdient es, weit über große Aufgaben zu erhalten. Und sie hat zu der Seele die reifende Sprechkunst. Was bei der jungen Künstlerin dabei überrascht, ist das edle Maß, das sie zur klassischen Darstellung befähigt. Sie weiß die Jamben zu sprechen, sie gestaltet Verse. Die große Probe des Könnens bei der Begegnung der Königinnen im dritten Akt bestand sie. Neben ihr sei zunächst Mortimer genannt (Fritz Henkel, uns Merseburgern nach dem Goetzkoabend kein Fremder). Die großen Gefahren, die in dieser Ur-Schillerschen Rolle schlummern, überwand er. Er erlag dem stürmenden Pathos nicht, sondern sprach immer, deklamierte nie. In der Parkszene, in Mortimers kindlicher Raserei, bewährte sich seine Kunst. Er überzeugte. Doch muß man ihm zu seiner Atemtechnik sagen, daß er zuviel — schnauft. Zu hörbar Luft holt, und das zu regelmäßig. Ist es im Augenblick der Steigerung natürlich, so wirkt es sonst doch störend. — Elisabeth wurde durch Paula Thetter dargestellt. Man war durch ihre breite, steife Gestalt überrascht, wurde aber langsam von dieser Auffassung überzeugt. Die Tragik auch in dieser Gestalt wurde allmählich offenbar. Des leise Schwanken der Stimme bei den letzten hastigen Fragen im Schlußbild, die Starrheit, mit der sie ein tiefes Elend verbirgt, war gute Kunst. — Lord Leicester (K. Bliek) wünschte man sich gegenüber den anderen Lords noch glänzender. Er hatte die Glattheit und Leichtigkeit dieses Hofmannes. So sein er zu plaudern wußte, wirkte doch stellenweise seine Sprechweise überstürzt, überhastet. Alfred Durra gelang es, die kalte Staatsräson in Burleigh mit düsterer Monotonie darzustellen. Der Talbot (R. Förster) war ehrenwert, Pauket (E. v. Weber) indessen zu bieder. Es fehlte in dieser Gestalt die puritanische Härte, ein gewisser Rechtsfanatismus. Von den übrigen Herren sei noch Melvils (R. Helfing) priesterliche Ruhe erwähnt. Davisons Darstellung (W. Herrmann) war eine recht feine Leistung. Das maßvolle Spiel des Künstlers im Schlußbilde war erschütternd. Wie er vernichtet das Zimmer der Königin verließ, formlos, im Elend, sei ihm nicht vergessen. Die Kennedy (H. Heller) hatte den Takt, ganz im Schatten der Maria zu bleiben, und erfüllte so die Rolle, die der Dichter gewollt hat.

Daß heutzutage die Szenenbilder nicht mehr Frische und Glanz zeigen, ertragen wir gern, wenn eine Truppe in so frischem Geiste zusammenspielt, wie bei dieser Aufführung die Hallesche. B.

Die weiße Seuche.

Das Kino im Dienste der Menschheit.

Heute und Donnerstag abend sollten die Räume der Kammerlichtspiele überfüllt sein, so wichtig ist das Programm für jeden Menschen. Die erschütternde Tatsache, daß von 60 Millionen Deutschen 75 Prozent tuberkulosekrank zum mindesten leicht angesteckt sind, ist allen zu denken geben. Den Kampf gegen den Tuberkulosebazillus gilt es energisch aufzunehmen, denn die Hungerblockade während des Weltkrieges, so führte Medizinalrat Dr. Kühnlein in seinem fesselnden Begleitvortrag gestern aus, hat uns um 25 Jahre im Gesundheitszustand zurückgeworfen. Dieses Kampf hat auch die „Ufa" auf ihre Fahne geschrieben und im Verein mit ärztlichen Autoritäten ersten Ranges ein Filmwerk geschaffen, das bisher auf diesem Gebiete auch noch nicht annähernd erreicht wurde. Der erste Teil weist die Opfer nach, die die „weiße Seuche" jährlich fordert, Opfer, die nicht nötig wären, wenn jeder Vater und jede Mutter sich ihrer Pflichten gegen ihre Kinder bewußt wären. Der Weg des Bazillus führt gewöhnlich durch den Mund in den Kehlkopf zur Lunge, aber er kann auch seinen Weg durch den Magen nehmen. Furchtbar sind die Verwüstungen die er im Körper anrichtet, wenn er ungehindert durch den Arzt oder durch die eigene Kraft des Körpers nützen kann. Gute Ernährung, frische Luft und Sonne sind darum die Grundbedingungen für den, der seine Gesundheit erhalten will. Schon bei den Säuglingen muß mit der Gesundheitspflege begonnen werden. Unerklärlich ist die Haltung der hiesigen Schulen, in denen ein Säuglingspflege-Lehrgang für die älteren Mädchenklassen abgelehnt wurde. Was für wichtige Gründe mögen für die Maßnahme gesprochen haben? Das Hauptargument ist auf die Milch zu richten, die leicht Bazillen enthält und zu einem frühen Tode des Kindes führen kann. Darum muß die Milch stets abgekocht werden. Die englische Krankheit — eine Erscheinung der Tuberkulose — hat unter unseren jetzigen Säuglingen in erschreckendem Maße zugenommen. Wie der Vortragende in einer Denkschrift für den Reichsfinanzminister ausgerechnet hat, hat sich die englische Krankheit um 50 Prozent vermehrt! Der Grund liegt hauptsächlich in der Verteuerung der Milch, die es mancher Mutter nicht mehr möglich mache, ihrem Kinde genügend Nahrung zuzuführen. Da helfst es rechtzeitig eingreifen, wenn die Kinder nicht verkrüppeln sollen. In Wernigerode habe die werktätige Bevölkerung durch Aberstunden so viel Mittel zusammengebracht, um den bedürftigen kranken Kindern die nötige Pflege zu ermöglichen. Von Staatswegen sei der Volksgesundheit noch nie genügend Rechnung getragen worden, wenn auch die Versicherungsanstalten vor dem Kriege von Jahr zu Jahr höhere Beträge für die Errichtung von Heilstätten ausgeworfen haben. Dadurch sei 1913 der Stand der Tuberkulose am weitesten zurückgedrängt worden. Reichhaltiges Bildermaterial, teilweise nicht ohne grimmigen Humor, zeigten die Unterlassungssünden, die der tuberkulösen Frauenheit immer wieder neue Opfer zuführen. Opfer in Hütte und Palast, denn dem Bazillus imponiert der Reichtum nicht. Wenn seine Opfer in den Hütten zahlreicher sind, so liegt das in dem furchtbaren Wohnungselend unserer Tage. Dies unterstützt die größten Feinde unseres Volkes: die Geschlechtskrankheiten und die Tuberkulose, ungemein. Der Kampf der Ärzte mit diesen bösartigen Methoden zur Erkennung der Krankheit und zur rechtzeitigen Ausheilung war gleichfalls außerordentlich interessant wiedergegeben. Die Untersuchung auf Tuberkulose ist kostenlos. Im Stadtbezirk Merseburg hat Sanitätsrat Dr. Wittke, im Landkreise der Kreisarzt die Tuberkulosen-Beratungsstelle übernommen. Bei rechtzeitiger Inanspruchnahme ist die Tuberkulose heilbar, werden Verkrüppelungen verhindert. Der schöne Besuch scheine zwar beweisen zu wollen, daß im hochkultivierten Mitteldeutschland auf diesem Gebiete keine Belehrung nötig sei. Leider sei dem nicht so. Es gälte mit größter Energie die Quellen zu verstopfen und der Ausbreitung ein Ziel zu setzen. Dazu heißt es Front zu machen gegen die Errichtung von Mietskasernen. Einfamilienhäuser mit Nährgärten, viel Aufenthalt in freier Luft, Selbstzucht und Verantwortlichkeitsgefühl sind die besten Helfer in diesem Kampfe.

Der beneidete Beifall der Zuhörer bewies am besten, daß Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein es verstanden hatte, die lebendigen Bilder der weißen Wand auch in Worten mit Leben zu erfüllen, so daß aus scheinbar trockenem Stoffe ein interessanter Abend geschaffen wurde. Auch der Leitung der Kammerlichtspiele gebührt Dank, daß sie sich an der Rettung der Volksgesundheit beteiligt.

Für alle Merseburger — mögen sie Freunde des Kinos sein oder nicht — heißt es, hinein an diesen beiden Tagen in die Kammerlichtspiele. Ihr seid es Eurer eigenen Gesundheit schuldig, rettet durch einen Abend vielleicht Jahre des Lebens und erhaltet Euch Eure Gesundheit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0002

bayern werden um 18 000 Tonnen vermehrt. Das Leuna-Werk will 40 000 Tonnen mehr produzieren. Im ganzen soll für das Erntejahr 1923/24 eine Menge von etwa 400 000 Tonnen vorhanden sein. Mehr ist einstweilen nicht zu schaffen; denn erstens fehlt es an Geld, zweitens bestehen technische Schwierigkeiten. Die Bauunternehmer werden nicht fertig mit den Aufträgen. Sie klagen bereits über weitere Arbeit sucht. Auch treibt die Vermehrung der Aufträge die Baupreise in die Höhe. Das Bauen in Oberbayern ist z. B. seit der Inangriffnahme des Main-Donau-Kanals schon teurer geworden. Die Übersicht geht deshalb leicht verloren, weil es sich um gewaltige Projekte handelt. Am Inn sind z. B. 8000 Arbeiter allein an einer Baustelle beschäftigt.

In Oberbayern wird im Augenblick bei den „Bayerischen Werken" eine Karbidfabrik neu errichtet. Dazu kommen zwei Kraftwerke bei Mühldorf und Burghausen, die billigere Energie liefern sollen. Ein Teil des Karbids wird im „Frank-Caro-Werk" (bei Trostberg) weiter verarbeitet, ein anderer Teil, der für Norddeutschland bestimmt ist, geht nach Diesterwitz. Man transportiert lieber Karbid als Stickstoff, weil Stickstoff schwerer ist. Die Bauten in Oberbayern kosten etwa 2½ Milliarden.

*

** **Personalien.** Bei der Regierungshauptkasse hierselbst ist der Kassenobersekretär Schelt zum Kassierer ernannt; die Regierungssekretär-Anwärter Dumke und Machulla sind zu Regierungssekretären befördert.

** **Das Leuna-Notgeld verliert mit dem 30. Dezember 1922 seine Gültigkeit.** (Siehe Anzeige.)

** **Steuerbücher 1923.** Über Ergänzungen und Berichtigungen der Eintragungen der Gemeindebehörden in den Steuerbüchern, die in den nächsten Wochen ausgegeben werden, verweisen wir auf die Anzeige des Finanzamtes in heutiger Nummer.

** **Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.** Über die Teuerung im November 1922 wird mitgeteilt: Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) von 22 666 im Oktober auf 44 610, im Durchschnitt des Novembers mithin um 102,3 v. H. gestiegen; die Indexziffer ohne Bekleidungsausgaben, die im Oktober 19 504 betrug, hat sich auf 40 097 erhöht. Die Steigerung beträgt 105,9 v. H. Die Indexziffer für Bekleidungskosten allein ist um 91,8 v. H. auf 74 162 gestiegen, die für Ernährungsausgaben um 106,5 v. H. auf 54 982.

** **Haussammlung.** Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat durch Erlaß vom 16. November d. J. dem Provinzialausschuß für Innere Mission in der Provinz Sachsen in Magdeburg, die für die Zeit vom 26. November bis 20. Dezember 1922 erbetene Haussammlung in der Provinz Sachsen zum Besten der Erhaltung aller notleidenden Werke der Inneren Mission genehmigt.

** **Fetter Käse — ade!** Die Milchknappheit in größeren Städten und Industriegegenden hat den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten veranlaßt, die Herstellung von Hartkäse (Rundkäse nach Schweizer-, Emmenthaler-, Tilsiter-, Edinger-, Wilstermarsch- und nach Holländerart) mit einem Fettgehalt über 45 v. H. in der Trockenmasse, und von Weichkäse mit einem Fettgehalt von mehr als 20 v. H. Fett in der Trockenmasse zu verbieten. Nur bei Käse nach Camembert-, Brie- und Münsterart darf der Fettgehalt bis zu 40 v. H. in der Trockenmasse betragen.

** **Eine Briefmarke zu 500 M!** Die Reichsdruckerei hat neue Freimarken zu 200, 300 und 500 M in Offsetdruck nach dem Entwurf von Haas auf reisfarbigem Rautenwasserzeichenpapier gedruckt. Es ist dies das breite Muster mit den großen Zahlen inmitten von Kreisbesen. Die Farben sind 200 rot, 300 grün, 500 orange. Gleichzeitig sind auch Briefmarken zu 50 M in Buchdruck nach dem Entwurf Sastrakal mit dem Posihorn in grüner Farbe mit rötlich-violettem Unterdruck auf weißem Wasselmusterpapier hergestellt worden. Marken zu 30 und 50 M in Rollenform befinden sich in Arbeit. Die zu 30 M erscheinen in einigen Tagen, die zu 50 M in etwa drei Wochen.

** **Das Verbot der Tanzteés.** Vom preußischen Ministerium des Innern ist eine Verordnung ergangen, die den Zweck hat, in den Zeiten der schweren wirtschaftlichen Not eine Einschränkung der Vergnügungen und des übermäßigen Luxus herbeizuführen. Die Verordnung dürfte bereits in den nächsten Tagen in Kraft treten und richtet sich in erster Linie gegen das übermäßige Tanzen, das eine immer größere Ausdehnung genommen hat. In erster Linie ist ein Verbot des Tanzes bei allen Fünf-Uhr-Tees ergangen, außerdem wird generell der Tanz in den Diele und den Bars verboten. Außerdem steht in Verfolg der bereits erlassenen Verordnung eine starke Einschränkung des Tanzes in den sog. Luxuslokalen bevor. Dabei sollen die Lokale, die als reine Tanzlokale gelten, nicht von der Einschränkung betroffen werden. Die Tanzerlaubnis, die die gewerbsmäßige Veranstaltung von Tänzen betrifft, soll nicht unter die Einschränkung fallen.

** **Neue Bierpreiserhöhung!** Eine neue Bierpreiserhöhung bringt uns der Dezember. Die Brauereien schreiben zahlen infolge der Verteuerung ihrer Rohstoffe und Erhöhung ihrer Betriebskosten beschlossen, die Bierpreise um 100 Prozent zu steigern.

** **Diebstahl.** Von der Turnhalle des Männer-Turnvereins am Stadtpark wurden nachts Dachrinnen aus Zink gewaltsam abgebrochen. Dem Turnverein entsteht dadurch ein Schaden von 65 000 M.

** **Schütt die Anlagen.** Um kleinen Damm ist jetzt wieder ein Gärtner mit fleißiger Hand beschäftigt, neue Sträucher anzupflanzen, damit im nächsten Jahre die Anlage dem Auge wieder ein freundliches Bild bietet. Da die Jugend es liebt, nicht die Wege zu gehen, sondern schonungslos die Böschungen herunterzulaufen, ohne Rücksicht auf das Pflanzenleben zu nehmen, sei an die Erwachsenen appelliert, ein aufmerksames Auge auf die Anlagen zu haben und die Jugend von mutwilligen Verhöhungen abzuhalten.

** **Hilfsprische Erinnerungen** zu pflegen ist eine liebliche Eigenschaft, über die wir Merseburger glücklicherweise verfügen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß dem Fremden klar wird, warum es im Mittelpunkt der Stadt einen Entenplan gibt. Wenn der Wind die Straßen blank gefegt hat, denn nehmen sich die kleinen Entenstümpel noch einmal so wirkungsvoll aus in unserer alten Bischofsstadt, im modernen Merseburg.

** **Der hiesige Verein für Feuerbestattung** tagte am Montag abend zum ersten Male in Beths Gesellschaftshaus unter seinem Vorsitzenden Dr. Witte, der die zahlreiche Versammlung herzlich begrüßte und in seiner einleitenden Ansprache auf die überaus traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres verarmten Vaterlandes hinwies, die es auch den Vereinen schwer machen, ihre Existenz weiterhin zu sichern. Die Frage, was ist zu tun, um über diese Zeit hinwegzukommen, drängt sich täglich auf und läßt zunächst an eine wesentliche Erhöhung der Beiträge denken, die unbedingt eintreten muß, der Fortfall aller nicht notwendigen Ausgaben ist selbstverständlich und darum muß in Zukunft auf größere Vorträge usw. der hohen Kosten wegen verzichtet werden. Den Mitgliedern wird empfohlen, die von der „Flamme" gebotene Versicherung zu benutzen, um ihren Angehörigen im Sterbefalle ein ausömmliches Kapital für die jetzt 15—20000 M betragenden Bestattungskosten zur Verfügung zu stellen. Für die Einführung eines Versicherungszwanges könnte sich der Verein nicht entschließen; es wurde vielmehr jedem Mitgliede überlassen, eine seinen Verhältnissen entsprechende Versicherung abzuschließen. Zur Vermittelung dieses Geschäfts ist der Vorstand gern bereit. Bei größeren, von den Vereinen in die Wege geleiteten Abschlüssen gewährt die Versicherung der „Flamme" besondere Vergünstigungen, auch stellt dieselbe eine Erhöhung der Versicherungssumme in Aussicht. Weiterhin teilte der Vorsitzende mit, daß der Verein 100 Werbeplakate herstellen lasse, um die Agitation für die Feuerbestattung fortsetzen zu können. Die „Flamme", das Organ der Feuerbestattungsvereine, hat ebenso wie andere Blätter schwer um ihre Existenz zu kämpfen und muß ihren jährlichen Abonnementspreis vom 1. Januar 1923 an auf 36 M erhöhen. Infolgedessen, wie auch der sonstigen allgemeinen Teuerung wegen muß zum gleichen Zeitpunkt ab eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge auf eine 200 M pro Sterbefall eintreten. Unbemittelten Mitgliedern wird der Vorstand Ermäßigungen bewilligen. Die Beihilfen der Vereinskasse in Sterbefällen müssen der Geldentwertung wegen ebenfalls erhöht werden. Der Vorsitzende wünscht in der im Januar nächsten Jahres stattfindenden Hauptversammlung aus der Mitte der Versammlung hierüber Vorschläge zu hören. Gegenüber mehrseitigen Klagen über das Ausbleiben der „Flamme" machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß in solchen Fällen bei der Post zu reklamieren ist. Eine längere Besprechung verursachte noch die aus der Versammlung angeregte Beschaffung eines Leichsarges, in den der Verbrennungssarg eingesetzt werden kann, sowie die notwendig werdende Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers, der die sich häufenden Vereinsarbeiten zu erledigen hat. Über beide Punkte wird voraussichtlich die nächste Hauptversammlung entscheiden. Mit der Mitte hier recht zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende kurz vor 10 Uhr die Versammlung.

** **Der Stenographenverein Stolze-Schrey** hielt am Dienstag im Vereinsheim „Bergschlößchen" eine überaus reichlich besuchte Monatsversammlung ab. In den Verein wurden neu aufgenommen 35 erwachsene, 39 jugendliche und 3 Schüler-Mitglieder. Es wurde beschlossen, die Übungsabende künftig schon um 7 Uhr beginnen zu lassen, um besonders die jugendlichen Mitglieder vor der immer mehr um sich greifenden abendlichen Unsicherheit der Straßen zu bewahren. Am 6. März nächsten Jahres wird in Merseburg der Bezirkstag des Saale-Bezirks des deutschen Stolze-Schrey stattfinden. Es wurde ein engerer Ausschuß gewählt, dem die Vorarbeiten zur Ausgestaltung der Tagung übertragen wurde. Laut Bekanntgabe in heutiger Zeitung veranstaltet der Verein am kommenden Sonnabend im „Raben" zu Schkopau ein Mitglieder-Tanzkränzchen. —f.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält die Bekanntmachung über Abholung der Steuerbücher für 1923, Aufhebung der Steuerordnung über die Benutzung stadteigener Straßenflächen, Aufhebung der bisherigen Ortssatzung für das Wasserwerk, Erhöhung der Anschluß- und Prüfungsgebühren bei den städt. Werken und der Höchstpreise, Gaspreise für Dezember und Stromabschaltung am Sonntag. Weitere Bekanntmachungen betreffen die Wahl der Beisitzer zum Versicherungsamt; den Milchverkaufspreis; die Fleischbeschaugebühren; die Einlösung von Anteilscheinen, Kriegsparkarten und Kriegsparmarken durch die städtische Sparkasse und Handelsregistrierung III zur Geschäftsordnung des städt. Krankenhauses. Die Stadtverordneten-Versammlung am Montag fällt aus.

*

Einen Einblick in die An- und Verkaufsstelle des Deutsch-evangelischen Frauenbundes.

gewährt uns ein Besuch der Beratungsstelle in der Karlstraße. Da ist ein fortwährendes Kommen und Gehen und die Damen, die sich anerkennenswerter Weise in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt haben, walten mit Herzenskraft ihres schweren Amtes.

Die meisten Besucher entstammen den Kreisen der alten Leute, die einst bessere Tage erlebt haben, die zu stolz sind, um Unterstützungen zu betteln. Ein Leben voll harter Arbeit haben sie hinter sich, ein Leben voll Mühe und Pflichttreue. Und nun im Alter, an der Schwelle des Grabes, lernen sie den bitteren Hunger kennen. Da wandert dann so manches Familienstück dahin, an das viele Erinnerungen an gute Tage hängen. So manches Geschenk, so manches wertvolle Erbstück muß verräußert werden. Aber hier kommen sie an die richtige Schmiede. Hier werden sie nicht übervorteilt. Die Stücke werden entgegengenommen, eingetragen und mit einem Kennzettel versehen. Der Preis der Waren wird von Sachverständigen geschätzt; so haben sich manche Merseburger Firmen, darunter Ehlert Nachf., bereit erklärt, kostenlos die Waren zu taxieren. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß Verkäufer und Käufer zu ihrem Rechte kommen.

Auf dem Stich in der Annahmestelle sieht es recht bunt aus. Neben dem zierlichen Bocelstiß stehen Weingläser, Vasen und viele andere nützliche Dinge. Noch bunter ist der Anblick in dem Zimmer, in das mich eine freundliche Dame führte und das die zum Verkauf gestellten Sachen beherbergt. Gegenstände aller Art: Möbel, Kleidung, Kunstwerke, Bücher, Stiche, Spitzen, Kristallsachen, Petroleumlampen, Schals, Reisekoffer, Schmucksachen, alles ist hier zu finden. Und dabei ist alles, was zum Verkauf eingeliefert wurde, längst nicht mehr beisammen. An den Annahmetagen stellen sich stets auch schon Käufer ein, um gute Sachen preiswert zu kaufen. So wird hier mancher Wunsch erfüllt. Der eine erhält Geld, der andere Ware.

Am Freitag soll noch einmal die Annahme stattfinden, vielleicht auch noch an einem der ersten Tage der nächsten Woche und dann soll der Verkauf offiziell einsetzen. Da wird auch dem Minderbemittelten Gelegenheit geboten, doch noch ein Weihnachtsgeschenk für die Lieben zu erlesen, trotz der Schwere der Zeit.

Um das Weihnachtsfest der verschämten Armen zu verschönen, um diesen für die Feiertage die Sorgen zu erleichtern, plant die äußerst rührige Ortsgruppe eine Haussammlung. Wenn die Damen des Bundes kommen, dann öffnet sie Hände, alle, die ihr zu geben imstande seid! Gebt gern, denkt an den Weihnachtsabend so manch al

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Beamter sucht mögl. bald
1 möbl. Zimmer.
Betriv. u. Heizung wird ges. Ang. u. 299 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
mit oder ohne Pension von ausmärtigem Herrn zum 1. Januar 1923 gesucht. Gefl. Zuschrift. u. A W 21 an die Exped. d. Bl. erb

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer.
Ang. unt. 316 a. d. Exped.

Alleinstehender Herr sucht
einfaches Zimmer. Kohlen gratis.
Ang. unt. 319 a. d. Exped.

25 000 Mark Belohnung wer mir kl. Fam.-Haus mit freiw. Wohnung in Merseburg od Umg. verk., Wohnung nach Schönebeck a. E. tauscht oder 2 Zimmer mit Kochgeleg. abtritt. Angeb. unter 308 an die Exp. d. Bl.

Chaiselongue zu kauf. gesucht. Angebote m. Preis unt. 321 an die Exp. d. Bl.

Guterhalt. Kochherd
zu kauf. ges. Ang. m. Preis unt. 322 a. d. Exp. d. Bl.

Guterh. Puppenwagen mit Puppe sowie Schaukelpferd
gegen Lebensmittel gesucht
Nieder-Clobikau 15.

Zur Fabrikation kaufe laufend zu höchsten Tagespreisen Gegenstände aus
Gold, Silber und Platin.
sowie Quecksilber.
Hugo Jänicke, Bürrenberg 63
Leipziger Str. 1 d. Tel. 357

Schneeschuhe
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe unter „Ski" 223 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht:
getragene, aber noch gut erhaltene Damenhalbschuhe, Größe 36,5—37. Angebote unter 313 an die Exp. d. Bl.

Gebr. Puppenwag.
zu kaufen gesucht
Wagnerstraße 3, part.

Häute u. Felle
kauft
zu besten Preisen
Gerberei Tischerstr. 3

Zur Einrichtung einer Holzwarenfabrik werden
sämtliche Holzbearbeitungsmaschinen,
wenn auch reparaturbedürftig, oder älteres System,
gesucht.
Die Maschinen könn. einzeln oder kombiniert sein. Ang. erb. u. E V 468 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Alte Bücher
(Schreibhefte, Akten rc.)
u. Zeitungen
kauft
zu den höchsten Tagespreisen in jeder Menge
Geschäftsstelle des Merseb. Korresp.
Ankauf:
vormittags von 10—11
nachmittags von 5—6

Halbstiefel,
Größe 29, zu verkaufen. Asche, Karlstraße 34.

Gebr. Klavier,
tafelförmig, zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Neues Chaiselongue,
dauerhaft gearbeitet, sehr preiswert zu verkaufen. **K. Mühlbach,** Tapezierer, Exerzierplatz, Südbaracke.

Statt Karten!
Hedwig Kretzschmar
Erich Dibowsky
Verlobte
Merseburg, den 5. Dezember 1922.

Gertrud Dreße
Oswald Jähnert
Verlobte.
Merseburg, im Dezember 1922.

Nach dreitägiger heimtückischer Krankheit entriß uns der Tod am 4. 12. abends 8¾ Uhr unseren lieben Vater, Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel
Hermann Regel
im Alter von 34 Jahren. In tiefem Weh
die trauernden Kinder
nebst Angehörigen.
Merseburg, den 6. Dezember 1922.
Beerdigung Freitag 3½ Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes. Zugedachte Kranspenden Rosenthal 18, parterre, links, abzugeben.

Dank.

Für die unendlich vielen Beweise herzlicher und liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben
Frieda
sprechen wir allen unsern herzlichen Dank aus. Dank allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihr das letzte Geleit gaben.
Familie Otto Schleicher.
Körbisdorf, den 5. Dez. 1922.

Bekanntmachung.

Betrifft: Ergänzungen und Berichtigungen der Eintragungen der Gemeindebehörden im Steuerbuch
(§§ 80—85 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn).

1. Eintragungen in die Steuerbücher, die nachweislich unrichtig sind, können auf Antrag jederzeit von der Gemeinde, die das Steuerbuch ausgestellt hat, berichtigt werden. Die Berichtigung ist von der ersten Lohnzahlung ab, bei der das berichtigte Steuerbuch vorgelegt wird, wirksam.

2. Glaubt ein Steuerpflichtiger über die am dem Steuerbuch vermerkte Jahresgesamtermäßigung hinaus Anspruch auf eine weitere Ermäßigung zu haben und zwar durch den Unterhalt mittelloser Angehöriger, so hat er bei dem Finanzamt, das auf dem Steuerbuch vermerkt ist, die Ergänzung der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch festgestellten Jahresgesamtermäßigung unter Vorlegung des Steuerbuches zu beantragen. Die vom Finanzamt bei Prüfung des Antrages für nötig erachteten Unterlagen sind von dem Antragsteller beizubringen. Als Sichtlag für die beantragte Berücksichtigung gilt der 10. Oktober 1922. Der Antrag ist vor Beendigung des Kalenderjahres 1922 zu stellen und hat Wirkung für das Kalenderjahr 1923. Wird der Antrag später gestellt, so wirkt die Ergänzung erst von der Lohnzahlung ab, bei der das ergänzte Steuerbuch vorgelegt wird. Anträge, die nach dem 31. Januar 1923 gestellt werden, werden nicht mehr berücksichtigt.

3. Wenn die dem Steuerpflichtigen zustehenden Abzüge für Werbungskosten den Betrag von 10 800 M. jährlich um 1200 M. mindestens übersteigen, kann der Steuerpflichtige die Erhöhung des auf dem Steuerbuch festgesetzten Betrages für Werbungskosten beantragen. Für den Zeitpunkt zur Stellung des Antrages und seine Wirkung gilt das unter Ziffer 2 Gesagte. Bei Steuerpflichtigen, die bisher in keinem Arbeitsverhältnis gestanden haben und erstmalig im Laufe des Kalenderjahres in ein Arbeitsverhältnis eintreten, ist die Stellung des Antrages auf erhöhte Werbungskosten bis zum Ablauf eines Monats nach Beginn des neuen Arbeitsverhältnisses oder der ersten Lohnzahlung seitens des neuen Arbeitgebers zulässig.

4. Wenn die Zahl der zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählenden minderjährigen Kinder und der von ihm unterhaltenen mittellosen Angehörigen gegenüber dem Stande vom 10. Oktober 1922 um **wenigstens zwei größer** ist als im Steuerbuch angegeben, so kann der Steuerpflichtige Berichtigung der Jahresgesamtermäßigung auf seinem Steuerbuch beantragen. Der Antrag kann nur bis **31. März 1923** gestellt werden und hat Wirkung von der **ersten Lohnzahlung im zweiten Kalendervierteljahr ab.**

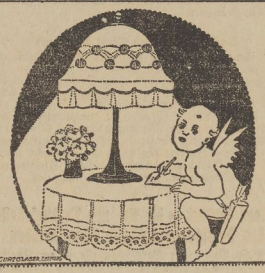
Die Berichtigung ist, soweit es sich um minderjährige Kinder handelt, bei der Gemeindebehörde, soweit es sich um mittellose Angehörige handelt, bei dem Finanzamt vorzunehmen. Soweit **gleichzeitig** mittellose Angehörige und minderjährige zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Kinder in Betracht kommen, berichtigt das Finanzamt das Steuerbuch nach Vorlage einer Bescheinigung der Gemeindebehörde, die das Hinzutreten eines oder mehrerer minderjähriger Kinder nachweist. Anträge dieser Art im zweiten, dritten und vierten Kalendervierteljahre werden nicht berücksichtigt.

Merseburg, den 1. Dezember 1922.
Finanzamt.
Dr. Schaaffs, Oberregierungsrat.

Zahle für
ausgekämmt. Damenhaar
(ohne grau) hohe Tagespreise. kg 2500—3000 Mark.
Alfred Kluge, Friseur, Bahnhofstraße 8.

---

1 Ldg. Futtermöhren
trifft Freitag ein. Vorbestellungen nimmt an
Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7. Tel. 424.



Vornehme Beleuchtungskörper
Landkraftwerke
Merseburg, Gotthardtstraße 29

Von mitgebrachten Stoffen werden Korsetts
preiswert angefertigt. — Fertige Korsetts, Büsten-Halter und Gesundheitsbüstenformer vorrätig
Charl. Asche, Karlstr. 34.

Kinderwagen, gebr., m. Gummibereifa. und Verdeck billig z. verkaufen. Schulz, Christianenstr. 5, Erdg. Hof eingang.

100 kg 2½ u. 3 Zoll Nägel
zu verkauf. Ang. eb. m. Preis unter 318 an die Exp. d. Bl.

Dünger
verkauft od. tauscht gegen Stroh
AMBI-Werk Merseburg.

Für Liebhaber u. Sammler.
Alte Silbermünzen, sowie 20 Bände v. Menzel „Wer waren die ersten Deutschen" (Kupferstich). Angeb. unter 320 a. d. Exp. d. Bl.

Plötzlich verschwunden
ist meine Heiserkeit und Husten durch Gebrauch von Dr. Solbans
Husten Bonbons
Central-Drogerie R. Kupper.
Drogerie Fr. Lebert.

Die neuen
Post-Gebühren
ab 15. November 1922
übersichtl. zusammengestellt hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rössner
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Rückfuhren von Leipzig und Halle
mit Lastauto und Fuhrwerk nimmt laufend bei rechtzeitiger Bestellung an
Feit, Meuschauer Mühle.

Zur gefälligen Beachtung!!
Alle Anzeigen-Aufträge müssen deutlich geschrieben sein. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Druckfehler in einer Anzeige, die infolge unleserlicher oder undeutlicher Schrift entstanden sind, kein Ersatz geleistet zu werden. Für Irrtümer in telephonisch aufgegebenen Anzeigen lehnen wir jede Haftung ab.

„Merseburger Korrespondent"
Nebenausgabe:
„Schafstädter Zeitung".
Anzeigen-Abteilung

LEUNA-NOTGELD

Die **Einlösung** der von uns ausgegebenen **Gutscheine** der **Badischen Anilin- u. Soda-Fabrik Ludwigshafen a./Rh.**
erfolgt bis zum **30. Dezember 1922** bei folgenden Stellen:
Commerz- u. Privatbank, Merseburg, Halle a. S., Leipzig u. Weissenfels.
Halle-scher Bankverein von Kulisch, Kämpf & Co., Halle a. S., nebst Zweiganstalten,
Direktion der Diskontogesellschaft, Filiale Naumburg a. S.,
Bankhaus Rud. Müller & Co., Naumburg a. S.,
Fabrikkasse des Ammoniak-Werkes Merseburg.
Mit dem 30. Dezember 1922 verlieren diese Scheine ihre Gültigkeit.
Leuna-Werke, den 5. Dezember 1922.
Ammoniakwerk Merseburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stelle von Sonntag, 6. 12. ab junge, schwere Altmärker hochtragende und frischmilchende sowie hochtragende
Kühe Färsen
zum Verkauf.
Albert Beyer, Schkeuditz. Fernr. Nr. 369

Gebr. Barenholz
Leipzig, Reichsstraße 17
Telephon 3606.
Strickwolle, Garne aller Art, Textilwaren.

Beth's Gesellschaftshaus
Morgen, Donnerstag, im Café
Gesellschafts-Tanz-Abend!
Freitag
Ehren-Abend
für das beliebte Konzert-Duo
Dutler-Richter!

Halt!

Karl
wo willst Du so eilig hin?
Nach dem Güterbahnhof!
Morgen, Donnerstag, vorm. 9 Uhr findet der nochmalige Verkauf von ca.
Holst. Weißkohl
statt.
Preis pro Zentner 1150 Mk.
Fr. Bust.

Schokoladen, Zuckerwaren usw.
kaufen Wiederverkäufer am **billigsten** bei
Bachran u. Co., Halle a. S.,
Markt 6, gegenüber Börse.

Von Freitag, den 8. d. M., steht ein Transport von über 20 Stück allerbester u. schwerster hochtragender sowie neumilchender

Kühe und Färsen
auch mit den Kälbern im „Gold. Hahn" in Merseb. z. Verkauf.
Robert Amling — Otto Heilmann.
Fernruf Nr. 240.

Kaufe für eig. Gebrauch
Gold Silber Platin Bruch
zu höchsten Preisen.
Juwelier Heine,
Merseburg. Burgstraße 10.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die best Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".
(Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Häute u. Felle
sowie **Metalle** und die übrigen Rohprodukte kauft und zahlt hohe Preise
Fritz Triller, Leunaer Str. 30.

Hallesches Kunsttheater
Stadttheater
Mittwoch, 6. Dezbr., 7½ Uhr: Der fliegende Holländer Richard Wagner.
Donnerstag, 7. Dez., 7½ Uhr: Maria Stuart. Trauerspiel von Schiller.
Freitag, 8. Dezbr., 7½ Uhr: Ein Maskenball. Oper von Guiseppe Verdi.
Sonnabend, 9. Dez. 7½ Uhr: Bolenblut. Operette von Nedbal.
Sonntag, 10. Dezbr., 3 Uhr Geschlossene Vorstellung. Margarethe.
Sonntag, 10. Dezbr. 7½ Uhr Ein Maskenball. Oper von Verdi.

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus.
Dir. H. Eilenberger.
Täglich 8 Uhr das große Dezbr.-Programm. Erstkl. Kabarettkünstl. Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Hausschlachten
nimmt an
Fischmann, Neudorf 54

Jung. Handwerk. (Tischler) sucht Beschäftigung irgendwelch. Art. Ang. unt. 317 a. d. Exped.

Eine Pelzboa verloren!!
Geg. hohe Belohn. abzugeb. Hallesche Str. 27, im Laden.

5000 Mark Belohnung
demjenigen, der mir die Diebe, die mir den Treibriemen und mehrere Zentner Mehl gestohlen haben, so nachweist, daß ich sie gerichtlich belangen kann.
Otto Krause, Gensa Mühle

Sonnabend, den 9. Dezbr., von abends 7 Uhr ab
Mitgl.-Kränzchen
in Schöpau („Zum Raben"). Der Vergnügungs-Ausschuß.

Gustav Brandt, Roonstr. 19
Daselbst Auskunft über Erteilung von Privatunterricht in Gabelsbergerischer Stenographie.

Billige Tapeten
und
Linoleum
als Bodenbelag
als Tischbelag
als Teppiche
als Läufer.
Kein Laden. — Kein Laden.
R. Steussing
Halle, Gr. Brauhausstr. 27,
Hof rechts, 1 Tr. — Telephon 1346.

Ein Mägdlein stand mit vergnügtem Sinn
Putzt seine Stiefel mit Persadin.
O mäa' Dein Herz so blank und rein
Wie dieses Mädleins Stiefel sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0004

Die Deutsche Demokratische Partei und die Landwirtschaft.

Der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes und langjährige Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wachhorst de Wente, der wieder in Oberschlesien in den Preußischen Landtag gewählt ist, hielt während der Wahlzeit in verschiedenen Orten Oberschlesiens ausgezeichnete Vorträge über die Deutsche demokratische Partei und die Landwirtschaft. Da diese Partei von den Gegnern in höchst ungerechter Weise häufig als Feindin der Landwirtschaft dargestellt wird, so lohnt es sich, die Auffassung dieses sachverständigen Parlamentariers kennen zu lernen. Er führte u. a. folgendes aus: Nichts ist ungerechter, als die Deutsche demokratische Partei als Feindin der Landwirtschaft hinzustellen. Denn besonders nach der Revolution hat wohl keine Partei bahnbrechender für die Landwirtschaft gewirkt als die demokratische. Sie war es, die in jenen stürmischen Zeiten mit gleichgesinnten Parteien dafür sorgte, daß für die Landwirtschaft Bedingungen geschaffen wurden, die ihre Aufrechterhaltung sicherten. Die Weimarer Nationalversammlung hat als eines der wichtigsten Gesetze, das ein Marxisten in der Agrargeschichte Deutschlands bleiben wird, das Reichssiedelungsgesetz geschaffen. Auf Grund dieses Gesetzes ist es möglich, bei folgerichtiger Durchführung noch Hunderttausende von Familien als selbständige Existenzen auf dem Lande anzusiedeln. Leider hat Deutschland meist das beste Blut, die Kinder vom Lande, anderen aufsteigenden Völkern als Kulturträger in fremdes Land werfen müssen, während in Deutschland selbst, nach der großen Volksbewegung in napoleonischer Zeit im Anfang des vorigen Jahrhunderts der Großgrundbesitz es verstanden hat, umgekehrt Flächen von Bauernland in seine Hand zu bringen. In vielen Gegenden verschwand das Bauerntum und der Besitz der preußischen Feudalen wurde immer größer. Wie die Landverteilung in der Provinz Schlesien aussieht, zeigt allein die Tatsache, daß die sechs größten Großgrundbesitzer an Kulturland nicht weniger als 513 160 Morgen besitzen, wobei die Forstflächen noch nicht mitgerechnet sind; mit ihr würde sich die Weltfläche zu ziemlich verdoppeln. In den vier uns verbliebenen östlichen Provinzen haben 11 000 Großgrundbesitzer 14 Millionen Morgen wirtschaftliche Fläche (ohne Forsten) im Besitz: das sind 3,2 Millionen Morgen mehr als auf sämtliche 2,6 Millionen Kleinbetriebe Deutschlands bis 5 Hektar nach der Betriebszählung von 1907 kommen. Hier Wandel zu schaffen, war Aufgabe der Demokratischen Partei, die mit Schöpferin des Reichssiedelungsgesetzes ist. Anstatt die Millionen Menschen besten Blutes über den Ozean zu schicken und dafür polnische und ruthenische Arbeiter einzuführen, will sie dieses wertvolle Menschenmaterial möglichst im Lande behalten. Freilich ist es bei den heutigen phantastischen Preisen für Grund, Boden und Baumaterialien schwer, auf diesem Gebiete so vorzugehen, wie wir es wünschen. Um so mehr kann die Anliegersiedelung, bei der diese Schwierigkeiten nicht bestehen, gefördert werden. Hier gilt es, die Widerstände, die sich auf deutschnationaler und leider auch auf sozialdemokratischer Seite zeigen, zu überwinden. Auch bei den von der Nationalversammlung beschlossenen Steuergesetzen hat die Demokratische Partei ihr reichliches Verdienst daran, daß die Grundlagen der Existenz der Landwirtschaft nicht schwer erschüttert wurden. Als damals darüber gekämpft wurde, ob bei der Vermögensbesteuerung der Grund und Boden nach dem gemeinen, d. h. dem Verkaufswert oder aber dem Ertragswert eingesetzt werden sollte, hat die Demokratische Fraktion ausschlaggebend zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Dasselbe hat sie getan bei der für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Frage, ob bei der Vermögensaufrechnung das landwirtschaftliche Inventar noch besonders nach dem Verkaufswerte anzusetzen sei, oder aber als Bestandteil des Gutes zu gelten habe. Die beiden rechtsstehenden Parteien konnten damals bei ihrer geringen Stärke gar nichts ausrichten; die Demokraten aber gaben den Ausschlag. Ebenso sind Pachtschutzgesetz und Pachteinigungsamt unter der Mithilfe der Demokraten geschaffen, und damit dem kleinen Pächter die Sicherung gegeben, daß er in diesen unsicheren Zeiten auf der alten Scholle bleiben kann. Daß die Demokratische Partei grundsätzlich für den Abbau jeder Zwangswirtschaft eintritt, ist bekannt. Die Demokratische Partei wird sich niemals dazu hergeben, die Vertreterin unberechtigter Sonderinteressen irgendeines Berufes zu sein. Sie ist keine einseitige Vertreterin der Konsuminteressen, sondern ist sich der überragenden Bedeutung der Förderung der Produktion wohl bewußt. Auch in den Kreisen der Landwirtschaft, in denen man zu der Überzeugung kommt, daß das Zurückharren nach der Vergangenheit uns nicht weiterbringt, sondern daß wir mutig auch einer düsteren Zukunft ins Auge blicken müssen, wird sich die Deutsche demokratische Partei immer mehr Freunde erwerben.

Die farbigen Truppen als Krankheitsträger.

Das französische Nachrichtenblatt in Koblenz versuchte ein Gutachten von 19 deutschen Kapazitäten über die Gefährdung der Gesundheitslage durch die Anwesenheit der farbigen Truppen am Rhein anzufechten und nannte die Verbreitung dieser Gutachten „Falschmeldungen" und meinte, sie widerlegen zu können.

Nun tagte kürzlich in Marseille ein internationaler Kolonialkongreß für öffentliche Gesundheit und soziale Vorbeugung, an dem sich hervorragende französische Mediziner beteiligten. Darüber berichtet die „Klinische Wochenschrift": Es wurden viele Beiträge zur Epidemiologie und Hygiene der Tropenländer geliefert. So kann man zusammenhaltend die bisher vorliegenden Berichte in ihrer vorsichtigen Abfassung sind, geht aus ihnen aber hervor, daß der lange Aufenthalt farbiger Truppen in Frankreich gesundheitliche Gefahren für die dortige Bevölkerung hervorruft, die man ernstlich zu fürchten und zu bekämpfen beginnt. Es wird empfohlen, an den im Kriege befolgten Maßnahmen festzuhalten und auf amerikanische Vorbilder bei der Rückbeförderung der Truppen hinzuweisen. Für die Kolonien selbst wird räumliche Trennung der Europäerquartiere und der Eingeborenenviertel für erforderlich erklärt; für Paris und Marseille die Errichtung kolonialer Krankenhäuser für die aus den Kolonien Zurückkehrenden verlangt. Verschiedene Berichte über die Verbreitung von Lepra, Trachom, Geschlechtskrankheiten, Wurmkrankheiten usw. in den Kolonien selbst schließen, daß die von dort nach Europa geschickten Eingeborenen gesundheitlich bedenklich genug sein müssen. Ein Vortrag behandelt ausschließlich die Tuberkulose unter den afrikanischen Truppen der Rheinarmee und schlägt besondere Maßnahmen vor.

Welche Maßnahmen der Kongreß in Marseille vorgeschlagen hat, ist in dem Bericht der „Medizinischen Wochenschrift" nicht enthalten. Die französischen Kapazitäten werden hoffentlich nicht verfehlt haben, die Zurückziehung der farbigen Truppen aus dem Rheinland zu fordern. Denn wenn schon in den Kolonien räumliche Trennung der Europäer von den Eingeborenen notwendig ist, dann hat diese Forderung für das Rheinland um so mehr Geltung, als die Farbigen dort nicht nur als Krankheitsträger auftreten, sondern auch in anderer Beziehung sich als „schwarzer Schrecken" bemerkbar machen. Im übrigen hat der Verlauf des Kongresses in Marseille gezeigt, wie berechtigt die verschiedenen Hinweise aus Deutschland und dem Auslande über die Gefahren der farbigen Besatzung waren. Das französische Nachrichtenblatt in Koblenz hat sich durch französische Mediziner berichtigen lassen müssen.

11 Jahre Zuchthaus für den Mordversuch beantragt.

Der zweite Prozesstag beim Staatsgerichtshof.

Die Vernehmung der Stütze v. Tettaus, Katharina Waldschmidt, ergibt die Beziehungen der Angeklagten zu dem berühmten Günther. Obedierer von Kochs-Kassel, der Geldbeamtenmann die erste Hilfe leistete, traf im Walde einen der Angeklagten, wie er

„lachenden Gesichts fortlief!"

Weitere Zeugenaussagen (der Reisende Böhe aus Elberfeld sagt sehr vorsichtig aus) ergeben wenig Neues.

Die nächste Zeugin ist die Pensionsinhaberin Wagner aus Kassel, bei der Oehlschläger und Hustert, solange sie bei Frau von Schlieben wohnten, gegessen hatten. Die Zeugin bekundet, daß sie sich des öfteren mit beiden über Politik unterhalten habe. Kurz vor dem Attentat habe Oehlschläger einmal geäußert: „Alle, die heute in der Regierung sind, sind Spitzbuben und Halunken und gehören vor die Pistole." Hustert äußerte ein anderes Mal:

„Scheidemanns Tage sind gezählt."

Kurz vor Pfingsten verabschiedeten sich die beiden, da sie, wie sie sagten, nach Köln gingen. Am Pfingstabend sei Oehlschläger dann plötzlich wiedergekommen und habe Einlaß verlangt, was die Zeugin aber ablehnte. Auf Befragen des Vorsitzenden bestritt Hustert, daß er eine derartige Äußerung getan habe. Er sei nicht so beschränkt, daß er einer 60jährigen Frau solche Geständnisse mache. Die Zeugin bleibt aber bei ihren Bekundungen.

Dann wird der Polizeiinspektor Lennartz aus München-Gladbach vernommen, der seinerzeit auf Grund von Mitteilungen über Beziehungen der Elberfelder Organisation Consul zu den Rathenau-Mördern in der Rathenau-Mordsache tätig war. Der Zeuge gab an, daß ihm von einem Gewährsmann, und zwar von einem Offizier, nach dem Rathenau-Mord die Mitteilung gemacht worden sei, daß

ein Student Alfred Günther,

der militärische Leiter der O. C. Elberfeld,

sich dahin geäußert habe, Tillessen habe Hustert beauftragt, Scheidemann zu beseitigen. Über das Verhältnis Husterts und Oehlschlägers zur Organisation Consul hat der Zeuge seinerzeit nichts ermittelt.

Hustert behauptet darauf, Tillessen niemals gesehen zu haben.

Noch präziser ist die Bekundung des Polizeipräsidenten Kleibömer. Er hat festgestellt, daß Oehlschläger zu einer Dame bei einem Besuch in Wiesbaden erklärt hat, das Los sei auf ihn gefallen, er müsse verschwinden, und er habe lediglich dem Vaterlande zu dienen. Oehlschläger bestreitet alles.

Sehr zögernd und zurückhaltend macht die letzte Zeugin des heutigen Tages Fräulein Schede ihre Aussagen: Sie war im Unterschlupfort der Angeklagten in der Fürstlich-Hohenlohischen Oberförsterei Klein-Althammer mit ihnen zusammen. Hustert hat ihr die Geschichte vom Attentat erzählt. Ein Apotheker hat die Blausäure hergestellt. Im Ermittlungsverfahren hat sie auch den Preis genannt: 25 000 M. Jetzt weiß sie davon nichts mehr. Der Kriminalkommissar Gropengießer, dessen Geschick und Umsicht der Vorsitzende gestern anerkannt hat, hält ihr vor, wie schwer sie zum Bekenntnis zu bewegen war.

Die Zeugin Waldschmidt tritt nochmals vor. Sie will noch eine Erklärung abgeben. Nach der Verhaftung der Täter kam Frau von Schlieben nach Kassel zurück und erklärte ihr, sie habe Briefe verbrannt, damit diese im Falle einer Haussuchung nicht gefunden werden. Frau v. Schlieben soll morgen vernommen werden.

Scheidemann nimmt darauf das Wort und begründet ausführlich sein Verhalten im Jahre 1918, wie er es in seinem Buche der „Zusammenbruch" getan hat.

Klar und eindringlich lautet darauf

der Schlußantrag des Oberreichsanwalts.

Hoher Senat! Erzberger, Rathenau, Scheidemann — drei Glieder einer Kette — Opfer — alle hervorgegangen aus einer Atmosphäre der Hetze gegen führende Staatsmänner, wie sie geschaffen wurde und leider immer noch geschaffen wird. Stets rekrutierten sich die Täter aus derselben Gesellschaftsklasse, stets gehörten sie denselben Verbänden an. Verrohrt durch die lange Kriegszeit haben die Täter den Sinn für ein wertvolles Menschenleben verloren und betreiben jetzt den politischen Mord aus Sport — sei es aus blödem Rassenhaß, sei es aus politischer Abneigung.

Eine entsetzliche Perversität des Gefühls!

Ist der Gedanke zur Tat nun in den Hirnen der Mörder selbst gereift? Die Verhandlung hat keine Antwort auf die Frage gegeben, ob unter den Mördern eine Organisation besteht. Das Gericht hat alles getan, was möglich war, um die Fäden zu entwirren. Eine Untersuchung schwebt. Über es wäre töricht gewesen, coram publico das jetzige Ergebnis, das nur ein Teilergebnis ist, bereits preiszugeben. Dazu kommt die Tatsache daß wir in diesen Prozessen ganz ungeheuerlich angelogen werden, auch von Zeugen, die sonst das Lügen scheuen. Sie glauben, daß der Zweck das Mittel heiligt. Unter solchen Umständen konnten wir die Teilergebnisse der Untersuchung über die Hintermänner auf keinen Fall preisgeben.

Hustert und Oehlschläger haben vorsätzlich und mit Überlegung gemeinschaftlich den Oberbürgermeister Scheidemann ermorden wollen. Seit November 1918 trug Oehlschläger den Mordplan mit sich herum. Ende April dieses Jahres setzte er sich mit dem Angeklagten Hustert in Verbindung, der zu der Mordtat sofort bereit war. Fest steht, daß die beiden von nun an den Plan gemeinsam ausführen wollten. Ich halte die Stellung bei der Paviersirma für erschwindelt. Es ist dies einer der Punkte, der auch noch der weiteren Aufklärung bedarf.

Auch die Geständnisse sind höchst zweifelhaft. Es ist wahrscheinlich, daß die Angeklagten Hintermänner hatten. Fünf Wochen spürten die Angeklagten in Kassel dem Oberbürgermeister Scheidemann nach. Das ist lange. Vermutlich warteten sie auf ein Stichwort von außenstehender Seite: „Nun ist es Zeit!" Es ist auffallend, daß die Angeklagten das Mordinstrument verbrennen wollten. Diese Behauptung ist erst in der Hauptverhandlung aufgetaucht. Ob sie wahr ist, ändert an der Beurteilung des Falles nichts.

Der Oberreichsanwalt stellt nunmehr das Attentat in seinen Einzelheiten dar. Die Tat selbst — führt er fort — ist vollkommen klargestellt. Die Angeklagten wollten Scheidemann töten, und ihn nicht bloß einen „Denkzettel" geben. Jeder hat die Tat als seine eigene zu vertreten und tritt nicht bloß als Gehilfe des anderen auf. Die Tat blieb ein Versuch, allerdings ein Versuch, der mit durchaus tauglichen Mitteln unternommen wurde. Es ist ein überaus gefährlicher Mordversuch, und es ist nur besonderen Glücksumständen zu danken, daß der Versuch nicht erfolgreich war.

Man könnte auch den Gedanken kommen, daß Hustert die Tat ohne Überlegung ausgeführt habe, da Oehlschläger ihm die Spritze gab. Diese Konzeption ist aber verfehlt. Hustert hat auf keinen Fall in Affekt gehandelt — eine gewisse Erregung ist uns durchaus begreiflich und natürlich. Mildernde Umstände sind nicht am Platz. Das Verbrechen ist gemeingefährlich, und die Angeklagten zeigten einen geradezu unglaublichen Zynismus.

Der Strafantrag.

Ich beantrage, jeden der Angeklagten zu 11 Jahren Zuchthaus zu verurteilen, Oehlschläger obendrein wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 6 Monaten Gefängnis, so daß sich bei ihm die Strafe auf 11 Jahre 3 Monate Zuchthaus erhöht. Auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte will ich plädieren, trotzdem bei den Tätern gewisse politische Motive mitsprachen, und zwar bitte ich auf je 10 Jahre Ehrverlust zu erkennen. Obendrein bitte ich, die Schußwaffe Oehlschlägers einzuziehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Dez.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung standen zunächst nur zwei deutschnationale kleine Anfragen. Der Abgeordnete Schulz-Bromberg (Dn.) verlangte Aufschluß über die neuliche Mitteilung Dr. Wirths bezüglich neuer Verschwörungen. Geheimrat Werner gab darauf eine Darstellung der polizeilichen Erhebungen über die Verhaftung auf der Bahnhofswache in Hagen, wo ein Mann namens Schulze Einzelheiten über den angeblichen neuen Plan mitteilte. Ein

Gesetzentwurf gegen den Alkoholmißbrauch,

nach dem eine gleichfalls deutschnationale Anfrage Nachfrage hielt, soll demnächst vorgelegt werden, sobald die Beschwerdeingen mit den Interessenten beendet sind. Bei der darauf folgenden zweiten Beratung des neuesten Nachtragsetats stand zugleich die Vorlage über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten zur Erörterung; wobei der Kommunist Fröhlich sich wieder einmal den Scherz machte, die Abschaffung der Reichspräsidentenstelle zu verlangen, weil es sich hier um einen völlig überflüssigen Menschen handle, der nur Hinhalter für den kommenden Monarchen sei. Beim Haushalt des Reichsjustizministeriums im Nachtrags-Etat gab der Abg. Rosenfeld (Soz.) dem neuen Reichs-

Die Spinne.

Roman von Sven Elbestad.

Berechtigte Übersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Der Konsul stieg aus, und ich folgte ihm. Wir kamen zur St. Halvard-Straße und gingen an einigen netten kleinen Gartenhäusern vorbei. Ganz am Ende der Straße blieb der Herr Konsul vor einem kleinen, einfachen Haus stehen. Es war keine richtige Villa, aber auch kein gewöhnliches Mietshaus. Bevor er hineinging, sah er sich um. Im selben Augenblick stand ich vor einer Anschlagsäule und pfiff ein Lied. Darauf betrat Herr Falkenberg das Haus, und es dauerte nicht lange, bis auch ich neben der Tür war. Ich erhaschte einen Schimmer von einer alteren Dame, die dem Konsul öffnete und hörte sie sagen: „Aha hat Sie schon mit Ungeduld erwartet . . ." Weiter hörte ich nicht. Ich wartete fünf Minuten. Dann läutete ich auch."

„Beim Haupteingang?" fragte Krag.

„Es war nur ein Eingang da. Dieselbe Dame, die den Konsul eingelassen hatte, öffnete auch mir die Tür. Ich kam in das Entree, ein ganz kleines Entree, und von dort konnte ich die Küche sehen; es war eine große, reingefeuerte Küche, und es duftete herrlich nach Kaffee. Die Dame war sehr freundlich und fragte, was ich wollte. Ich antwortete, ob hier Fische bestellt seien."

Abßjörn Krag unterbrach ihn mit einer Handbewegung.

„Das war ein Fehler", sagte er. Mit solchem Vorwand kannst Du nicht weiter kommen, als bis zum nächsten Entree. Du hättest Dir etwas anderes ausdenken müssen, z. B. daß Du geschickt seiest, um den Wasserbruch zu messen. In 99 von 100 Fällen fallen die Hausfrauen auf diesen Unsinn herein."

„Es war aber eine sehr verständige Dame," wandte Jens ein. „Sie sah mich mit forschenden Augen an, wobei ich etwas verlegen wurde. Na, sie antwortete, daß hier keine Fische bestellt seien, und ich mußte wieder verschwinden."

„Nummer und Türschild?" fragte Krag.

„St. Helvard-Straße 63," antwortete Jens. „Auf dem Türschild, das von Messing war, stand der Name eingraviert: Witwe Elise König. Hinter der Platte war eine Visitenkarte geklebt. Hier ist sie."

Jens reichte Krag eine Karte und dieser las: Ada König.

„Schön", nickte Krag. „Also eine Witwe mit ihrer Tochter."

„Ja. Ich erkundigte mich in einem Milchgeschäft in der Nähe und erfuhr, daß die beiden Damen das Haus allein bewohnten. Darauf sandte ich Ihnen den Brief."

„Diesen Brief?" murmelte Krag und zog ein schmutziges, weißes Kouvert, in dem eine abgerissene Ecke von einem Plakat steckte, aus der Tasche. Auf der Rückseite der Plakatecke stand

„Konsul Falkenberg hat sich in die St. Halvard-Straße 63 begeben, um eine Dame namens Ada König zu besuchen, die bei ihrer Mutter, der Witwe Elise König, wohnt."

„Diesen Brief sandte ich mit einem Jungen", sagte Jens, „weil ich dachte, daß es vielleicht eilte. Ich selbst mußte zu bleiben und auf den Konsul achtgeben."

„Es war gut, daß ich die Nachricht bekam," sagte Krag. „Jedenfalls erhielt ich sie so rechtzeitig, daß ich mit ihrer Hilfe das Buchhabenschloß öffnen konnte."

„Das Buchhabenschloß?" fragte Jens interessiert. „Was ist damit?"

„Das ist etwas, was Dich nichts angeht," antwortete Krag, „bis auf weiteres", fügte er hinzu.

Jens beeilte sich, seinen unterbrochenen Bericht fortzusetzen.

„Es traf sich so günstig, daß ich einen Menschen in der Nähe kannte. Von ihr erfuhr ich etwas über Frau König und ihre Tochter."

„Wer ist ihr?" fragte Krag.

„Ein junges Mädchen aus meiner Bekanntschaft", sagte er. „Eine Plätterin."

„Aha."

„Ich erfuhr, daß Frau König die Witwe eines Kapitäns sei, der vor drei Jahren gestorben ist. Sie leben von den Zinsen des Hauses und von dem, was die Tochter durch Klavierunterricht verdient. Es sind sehr achtbare Leute, die ganz zurückgezogen leben. Fräulein Ada soll sehr schön sein. Man erzählt sich in der Nachbarschaft, daß Konsul Einar seit reichlich einem Jahr mit ihr verlobt ist. Aber so lange der Vater des Konsuls lebte, konnte vom Heiraten keine Rede sein. Jetzt aber behauptet man, daß die Verlobung veröffentlicht werden solle. Der Konsul hielt sich über eine Stunde bei der Familie König auf. Sobald er herauskam, war ich wieder hinter ihm her. Und jetzt war es leichter, ihm zu folgen, weil es dunkel geworden war. Der Konsul nahm wieder eine Bahn zur Stadt und ging in den Regattaklub. Ich wartete draußen."

„Wurde Dir die Zeit nicht lang?" fragte Krag lächelnd.

„Mein", antwortete Jens, „ich saß auf einer Bank bei der Haltestelle der Straßenbahn und amüsierte mich über die Nachtvögel, die aus dem Hotel oder aus dem Theater-Kaffee kamen. Im Laufe der Nacht kam ein trübliger Mensch aus dem Klub, ein großer, dicker, wütender Schwede. Er fluchte und schimpfte, daß es ein Grauen war. Schließlich kam der Konsul in Begleitung eines fremden Herrn."

„Du hast mich also nicht erkannt", fragte Krag.

Jens schüttelte den Kopf.

„Nein, wer kann Sie erkennen, wenn Sie nicht erkannt sein wollen?" sagte er.

„Wie konntest Du uns folgen, ohne entdeckt zu werden?"

„Sie gingen so langsam und plauderten zusammen, daß ich auf einem Wagen der Straßenreinigung sitzen und bequem Schritt mit ihnen halten konnte", sagte Jens. „Als Sie das Villenviertel erreicht hatten, war es mir ein leichtes, mich im Schatten der Bäume und längs der Gräben zu verstecken. Als Sie uns folgten, kletterte ich zum zweiten Stockwerk hinauf, wo ich ein Fenster offen sehen sah. Erst als ich die Stimme des fremden Herrn hörte, wußte ich, daß es Abßjörn Krag war."

Der Detektiv erhob sich.

„Bald beginnt das Haus hier zu erwachen", sagte er. „Du mußt so schnell wie möglich verschwinden. Die Türen sind verschlossen. Du mußt denselben Weg zurückklettern, den Du gekommen bist."

„Ich werde lautlos wie eine Katze verschwinden. Haben Sie eine neue Aufgabe für mich?"

Abßjörn Krag überlegte.

„Du kannst morgen, grünes Automobil im Auge behalten", sagte er, „ein Automobil, von fünfundzwanzig Pferdekräften und mit S-förmigen Laternenballern."

„Soll geschehen."

„Wenn Du es gefunden hast, kannst Du mir einen Boten schicken, einen Bruder oder telephonieren. Du weißt, wo Du mich zu finden hast?"

„Jawohl."

„Also verschwinde!"

Jens war bereits am Fenster. Gleich darauf schwang er sich hinaus, hielt sich an dem Hafen einer Markise fest und glitt herunter. Krag folgte ihm mit den Augen, bis er unten war.

Da zog der Detektiv die Vorhänge wieder vor die Fenster, warf sich auf einen Diwan und schlief sofort ein.

Abßjörn Krag schlief zwei Stunden. Als er dann Toilette gemacht hatte, war er wieder der Detektiv; alle Anzeichen des dunkelbärtigen Grubeningenieurs Knam waren verschwunden.

Er ging in Einar Falkenbergs Wohnung hinunter. Der Konsul war noch nicht fertig. Aber er würde gleich kommen, wie der alte Diener meldete.

Der Frühstückstisch war für zwei gedeckt.

Im Arbeitszimmer des Konsuls lag die Morgenzeitung.

Abßjörn Krag studierte sie sehr genau, aber sie schien nichts von Interesse zu enthalten.

„Guten Morgen, Herr Krag! Gut geschlafen?"

Falkenberg stand in der Tür.

„Wie ich Ihnen sagte, zwei Stunden", antwortete Krag, „aber Ihnen kann ich ansehen, daß Sie eine schlechte Nacht gehabt haben."

„Schauderhaft. Ich habe fast kein Auge zugetan."

Die Herren begaben sich zum Frühstückstisch.

Der Konsul verlangte Champagner, um sich aufzufrischen.

Abßjörn Krag trank auch ein Glas.

Der Konsul sagte: „Um jetzt zur Sache zu kommen: Sie kennen also mein Verhältnis zu Ada König?"

Krag blickte erstaunt auf.

„Ja", sagte er nach kurzem Zögern, „ich erfuhr gestern davon; aber das hat ja eigentlich nichts mit unserer Sache zu tun."

„Nein, nur insofern, als ich den Namen meiner Verlobten für das Buchstabenschloß der Stahltatsette benutzte."

Abßjörn Krag nickte.

„Als ich erfuhr", sagte er, „daß Sie heimlich verlobt seien mit einer Dame namens Ada König, dachte ich mir gleich: den Namen hat er vielleicht für das Buchstabenschloß benutzt. Das tun verliebte Leute gewöhnlich. Es war nur eine Mutmaßung, aber Sie müssen zugeben, daß sie nicht ohne Wahrscheinlichkeit war."

„Freilich."

„Und es zeigte sich auch, daß es stimmte. Sie sollten das Wort im Buchstabenschloß jetzt lieber ändern, Herr Konsul."

Einar Falkenberg saß eine Weile schweigend. Er nippte an seinem Glas. Dann sagte er: „Da Sie mein Verhältnis zu dieser Dame nun kennen, möchte ich Sie der Dame wegen darauf aufmerksam machen, daß unsere Verbindung natellos ist. Ich liebe sie und will sie heiraten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0005

justizminister Dr. Heinze das Stichwort, sich dem Hause vorzustellen. Er begann mit einem herzlichen Dank an seinen Vorgänger Dr. Radbruch und erklärte u. a., daß er die Frage der Arbeitsgerichte in wohlwollender Sinne lösen wolle. Im Zusammenhang mit einer vorangegangenen Bemerkung des Abg. Dr. Beil (Ztr.) führte Dr. Heinze in Übereinstimmung mit dem Zentrumsredner aus, daß die verlangten Abänderungen auf dem Gebiete des Ehescheidungsrechtes nicht übersturzt werden können. Es werde darauf ankommen, Schärfen zu mildern, gleichzeitig aber auf die Empfindungen weiter Volkskreise Rücksicht zu nehmen. — Über den Protz Fechenbach will Dr. Heinze auf Wunsch jederzeit im Ausschuß Auskunft geben. Am Schluß unterstrich der Minister erneut, daß die bayerische Polizei gegenseitlich der Verhaftung Ehrhardts dem Reichsgerichtsrat Metz jede Unterstützung habe zuteil werden lassen.

Heute nachmittag 3 Uhr: Interpellation über die Preissteigerung; Änderung des Reichswahlgesetzes usw.

Ein Brief ab 15. Dezember 25 Mark.

Erschreckender Verkehrsrückgang.

Der Reichstag nahm in seiner gestrigen Vollsitzung die Erhöhung der Postgebühren vom 15. Dezember ab an. Der Berichterstatter der Ausschüsse, braunschweigscher Gesandter Boden, betonte, daß zurzeit das Defizit der Postverwaltung sich schon auf etwas über 120 Milliarden belaufe. Die Gebühren müßten weiter erhöht werden, so behauerlich das auch erscheine. Der schon tatsächlich eingetretene Verkehrsrückgang zeuge stellenweise erschreckende Zahlen, darum sei man jetzt nicht so weit gegangen, daß die volle Abbürdung des Defizits gewährleistet würde, denn das würde z. B. ein Briefporto von 50 ℳ bedeuten. Darum sei man einstweilen bei einem mittleren Satz stehen geblieben.

Von den bereits bekannten Beschlüssen des Verkehrsbeirats, die im allgemeinen auf eine Verdoppelung der bestehenden Sätze hinausgehen, sind die Ausschüsse des Reichsrats nur in zwei Punkten abgewichen. Mit Rücksicht auf die bei der Industrie noch vorhandenen umfangreichen Bestände sollen Ansichtspostkarten wie bisher behandelt werden. Bei den Fernsprechgebühren ist von Verkehrsbeirat nur ein Teuerungszuschlag von zweitausend Prozent vorgeschlagen worden. Dieser reicht aber nicht aus, um die Selbstkosten des Fernsprechwesens, die sich auf annähernd 98 Milliarden belaufen, zu decken. Darum sind die Ausschüsse des Reichsrats zu der Regierungsvorlage zurückgekehrt und haben einen Teuerungszuschlag von 2900 Prozent beschlossen. Da die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen angenommen wurde, wird der Fernbrief künftig in der einfachen Gewichtsstufe 25 ℳ kosten, in den höheren Stufen von 20—100 Gramm 35 ℳ und über 100—250 Gramm 45 ℳ, die Fernpostkarte 15 ℳ; der einfache Ortsbrief kostet 10 ℳ, in den höheren Stufen 15 und 25 ℳ; die Ortspostkarte 5 ℳ.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 5. Dezember.

Die deutsche Mark — Pfennige im Ausland.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	5.12.	4.12.	In:	5.12.	4.12.
Holland . . .	0,05	0,05	England . . .	0,05	0,06
Belgien . . .	0,1	0,1	Amerika . . .	0,05	0,05
Norwegen . .	0,07	0,07	Frankreich . .	0,1	0,1
Dänemark . .	0,06	0,06	Schweiz . . .	0,05	0,05
Schweden . .	0,05	0,05	Spanien . . .	0,06	0,06
Italien . . .	0,2	0,2	Tschechoslowakei	0,3	0,3

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Hallenschen Bankfirmen.

Hall. Bankver., alte	900,—	Gleismerk Brauner	2500,
Verl. Hanna, Feuer	590,—	Halle Wimmern., St.	790,—
Hall. Stärkegesellsch	6750,—	Hall. Maschinenfabr.	9000,—
Riebeck Montan	3560,—	Hall. Röhrenwerke	2100,—
Versichers-Aktienges.	25000,—	Glanziger Zucker	16500,—
Nähmaschinf. Pfeiffer	1100,—	Halle Brauerei	—/—
Thüringer. Kämmerei	3200,—	Kleinbahnen Zucker	—/—
Allenburger Kattun	10500,—	Kupfschmied-Hütte	2500,—

Gottfried Sindner	4500,—
Magdeb. u. Hübner	4400,—
Leipzig. Maschinen	—/—
Zuckerraffin. Halle	2800,—
Halle-Leipziger Kl. A	2300,—
do. do. Lit. B	22 0,—
Bernsdorf-Kieselerden	—/—

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, hiesiger 15—15700 kg. u. Br., brauner (märkischer) 15000 bis 15700 kg. u. Br., behauptet. Roggen, hiesiger 13500—14200 kg. u. Br., preuß. (Sandroggen) 13500—14200 kg. u. Br., behauptet. Gerste, hiesige (Sommergerste) 13—14000 kg. u. Br., Saatgerste 13—14000 kg. u. Br., Wintergerste 12—13000 kg. u. Br., ruhig. Hafer, inländ. 13500 bis 14500 kg. u. Br., ruhig. Mais, amerikanischer 16500—17000 kg. u. Br., runder 16500—17000 bez. u. Br. Raps, 23—25000 kg. u. Br. (Alles für 50 Kilo).

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Wichtiges vom Tage.

Die Sozialdemokraten haben über die Ernährungslage eine Interpellation im Reichstag eingebracht. Es ist anzunehmen, daß sich bei dieser Gelegenheit eine große Debatte über die Ernährungslage entspinnen wird, die ja Besorgnisse für die Zukunft aufkommen läßt.

*

Wie aus einer halbamtlichen Mitteilung zu ersehen, verteuern die Kosten des Verteilungsverfahrens einschließlich der Beschaffung, Ausgabe und Verwendung der Zuckerkarten den Zucker für den Verbraucher um nicht mehr als 1 Prozent. Die Behauptungen, daß die Verteuerung des Zuckers auf die bürokratische Verwaltung zurückzuführen sei, sind also unwahr, und die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung", daß Hunderte von Millionen zur Verteilung des Zuckers verwendet werden, ist nichts anderes als ein Agitationsmittel, um die Augen von den eigentlichen Verteuern abzulenken.

*

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie wurde am 5. Dezember feierlich eingeweiht. Es will mit Unterstützung der Chemie und der Technik die vorhandenen heimischen Faserstoffe verbessern, gründlicher ausnutzen und die künstliche Erzeugung dauerhafter Faserstoffe in die Wege leiten. So wird deutscher Fleiß und deutsche Tatkraft der Stoffnot, unter der wir alle leiden, trotz aller Widerstände, die sich gerade jetzt wissenschaftlicher Arbeit entgegentürmen, Herr werden.

*

Der Reichsfinanzminister will Kleinrentnern gegenüber von seiner Befugnis, die Steuerschuld zu erlassen, weitgehend Gebrauch machen. Bei der großen Notlage dieses Standes ist dieser Beschluß von Herzen zu begrüßen.

*

Der Generaldirektor eines großen Schuhhauses in München, Rosenberg, und ein Prokurist desselben sind auf Veranlassung des Wuchergerichts verhaftet worden.

*

Nach einer Havasmeldung aus Madrid hat das spanische Ministerium seinen Rücktritt erklärt.

*

Im Postgebührenausschuß des Reichstages wurde eine Entschließung des Abg. Dr. Cremer (D. Vpt.) angenommen, welcher verlangte, daß bei der nächsten Vorlage die Taxe für Presselegramme auf ein Drittel der gewöhnlichen Taxe festgesetzt werden soll, desgleichen wurde eine Entschließung Delius (Dem.) auf Einführung eines Zonentarifes für Telegramme angenommen.

Zweitausendfacher Papierpreis.

Für Dezember hatten die Zeitungen mit einer bedeutenden Erhöhung des Druckpapierpreises gerechnet. Man legte der Berechnung der Dezemberpreise für Bezug und Anzeigen die Annahme zugrunde, daß der Papierpreis annähernd auf 3 Millionen Mark (gegen 2000 Mark Friedenspreis) für den Waggon steigen werde. Jetzt wird aber die unglaubliche Tatsache bekannt, daß das Papier im Dezember weit über 4 Millionen Mark kosten soll. Die festgesetzten Bezugs- und Anzeigenpreise reichen also nicht im entferntesten aus, um diese ungeheuren Mehrausgaben auch nur annähernd auszugleichen. Die Reichsregierung hat bekanntlich schon seit vielen Monaten versprochen, der immer größer werdenden Not der deutschen Presse zu steuern, es ist aber bis heute bei den leeren Versprechungen geblieben, und der Holzwucher geht unaufhörlich weiter. Es ist höchste Zeit, daß die deutschen Zeitungsverleger sich aus eigenen Kräften Hilfe verschaffen.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 15400—15600, still; Roggen, märkischer 13400 bis 13600, still; Gerste (Sommergerste) 12500—13500, still; Hafer, märkischer 14—14200, still; Mais (ohne Provenzenzugabe) loko Berlin 15300—15500, still; Weizenmehl 39—45000, ruhig; Roggenmehl 35000 bis 38000, ruhig; Weizenkleie 8000, behauptet; Roggenkleie 8000, behauptet; Raps 24—26000, behauptet; Viktoriaerbsen 27—29000; kleine Speiseerbsen 24—25000; Peluschken 17—18000; Ackerbohnen 15000 bis 16000; Wicken 20—21000; blaue Lupinen 17—18000; Serradella 33000 bis 35000; Rapskuchen 9300—9600; Trockenschnitzel, prompt 6400 bis 6600; Zuckerschnitzel 8000—8300; Torfmelasse 3800—4200 ℳ.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Großhandelspreise pro 50 Kilo ab Station: drahtgepr. Roggenund Weizenstroh 5800—6000 ℳ, lose Haferstroh 5800—6000 ℳ, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 5200—5300 ℳ, gebündeltes Roggenlangstroh 5500—5700 ℳ, loses und gebündeltes Krummstroh 5100—5200 ℳ, Häcksel 6400—6500 ℳ, handelsübliches Heu 3700 bis 3800 ℳ, gutes Heu 4100—4200 ℳ.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Vom Wild und Geflügelmarkt.

Die Zeit vor dem Weihnachtsfeste ist seither am Berliner Markt in allen Lebensmitteln die günstigste. Die Preise steigen und genügen die Zufuhren dem Bedarfe. In den Zentralmarkthallen notierten: Rehwild Ia 200—250 ℳ; Dammwild 200—240 ℳ; Rehwild Ia 300—375 ℳ pro Pfund. Hasen, grobe 3000—3400 ℳ, do. mittel 1200—2000 ℳ; Kaninchen, große 700—1000 ℳ, Fasanenhähne 1500 ℳ pro Stück. Fette Suppenhühner 400—500 ℳ pro Pfund. Tauben 150—160 ℳ pro Stück. Mastenten 450—500 ℳ. Enten Ia 300—425 ℳ; Mastgänse 450—650 ℳ; Stoppelgänse 300—450 ℳ; Puten 300—350 ℳ pro Pfund.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.

Die Zufuhren reichten vollkommen aus, trotzdem die Nachfrage recht lebhaft war. In den Zentralmarkthallen notierten einschl. Fracht, Spesen und Provision:

Obst (für 50 Kilo): Birnen, hiesige Ia 2000—3500 ℳ, IIa 1000 bis 2000 ℳ, do. Koch- 1000—2000 ℳ, do. Tiroler 1500—3000 ℳ; Wallnüsse 18—25000 ℳ. — Gemüse (für 50 Kilo): Mohrrüben 800 bis 1200 ℳ, Kohlrüben 1000—1200 ℳ, Rote Rüben 1200—2000 ℳ, Berliner Rübchen 1500—1800 ℳ; Spinat 4—6000 ℳ; Zwiebeln 1400 bis 1600 ℳ; Meerrettich 8500—15000 ℳ; Weißkohl 1200—1300 ℳ; Wirsingkohl 1800—2000 ℳ; Rotkohl 2500—3000 ℳ; Grünkohl 1200 bis 1500 ℳ; Rosenkohl 18—20000 ℳ; Kürbis 400—700 ℳ; Blumenkohl (Erfurter Kopf) 10—20 ℳ; die Kleinpreise 10 ℳ; Rettiche, Stück 5 ℳ.

*

Aus Ausland verschobene Kartoffeln.

Wie so oft schon wird der deutschen Öffentlichkeit auch jetzt wieder erklärt, daß sie sich wegen der Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht zu ängstigen brauche und daß besonders Kartoffeln in Hülle und Fülle vorhanden seien. „Nur keine unnötige Kartoffelangst!" ruft man der südlichen Bevölkerung zu. Wenn man die außergewöhnlich große Kartoffelernte dieses Jahres berücksichtigt, dann muß man auch sagen, daß ein Mangel an Kartoffeln glücklicherweise nicht zu befürchten ist und daß der Vorrat auch noch ausreichen würde, um das Brot zu strecken. Aber die Voraussetzung dabei ist, daß die Kartoffeln auch restlos für den heimischen Verbrauch zur Verfügung bleiben, daß sie nicht in die Brennereien abwandern oder gar in das Ausland verschoben werden. Leider scheint es noch immer nicht möglich zu sein, die deutschen Grenzen kartoffeldicht zu machen. In Helsingfors sind in einem finnländischen Blatte unter dem 22. November beste deutsche Kartoffeln in ganzen Wagenladungen vom löschenden Fahrzeug aus angeboten worden. Der dafür geforderte Preis ist allerdings für die deutschen Schieber verlockend. Denn für das Hektoliter werden 45 finnische Mark gefordert, was bei einem Stande der finnischen Mark von 200 einen Betrag von 4500 ℳ für das Hektoliter ausmacht. Aber die Schiffsfrachten kommen hinzu, bis das Ausland geht, schädigt die Ernährung des deutschen Volkes während des kommenden schweren Winters in nicht wieder gut zu machender Weise. Wir möchten, so schreibt das „Berl. Tageblatt", im Hinblick auf diese Vorkommnisse deshalb an die Reichsregierung die dringende Bitte richten, alles zu tun, was irgend in ihren Kräften steht, um zu verhindern, daß auch nur eine Kartoffel über die Grenzen zu Lande oder zu Wasser verschoben wird, eine Bitte, der man sich nicht warnend genug anschließen kann.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 75 Mittwoch, den 6. Dezember 1922

Druck und Verlag der Firma L. Hübner in Merseburg.

98] **Nachtrag VI zur Gebührenordnung des Städt. Krankenhauses.**

Mit Wirkung vom 1. 12. 1922 ab werden die Grundgebühr für das städt. Krankenhaus und die Tagesgebühr für die Pflegekinder um weiter 200 % erhöht. Die Tagesgebühr beträgt von jetzt an

	I	II	III
a) für Einheimische	480 Mk.	680 Mk.	890 Mk.
b) für Auswärtige	660 Mk.	800 Mk.	1040 Mk.

Merseburg, den 5. Dezember 1922.

Der Magistrat.

Aufhebung einer Ordnung.

Die Ordnung über die Benutzung der städtischen Straßenflächen des breiten bestimmten Fußtrottoirs vom 13. Juni 1920 — VII 2034/20 — wird hiermit mit dem Tage dieser Bekanntmachung außer Kraft.

Merseburg, den 4. Dezember 1922.

Der Magistrat.

Aufhebung einer Ortssperre.

100] Die Ortssperre und Gehöftsperre, verfügt durch die städtische Polizeiverwaltung vom 21. März 1922 — VIII 548/22 — wird hiermit aufgehoben. Die Aufhebung wurde bei der Kreisseuchenkommission beantragt und erfolgte durch Verfügung vom 15. November 1922. Der Wiederbeginn der Ortssperre ist jetzt wieder eingetreten und tritt mit dem Tage der Veröffentlichung der Ortssperre in Kraft.

Merseburg, den 2. November 1922.

Der Magistrat.

VIII 278/22.

Stromabschaltung.

Es findet statt am Sonntag den 10. Dezember, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags wegen dringender Arbeiten am Hochspannungsnetz.

Merseburg, den 6. Dezember 1922.

Der Magistrat.

VIII. 320/22.

Gasspreise für Monat Dezember 1922:

a) Privatgas . . . . . 120,— Mk. je cbm
b) Lehrmeistergas . . . . . 140,— Mk. je cbm

Merseburg, den 6. Dezember 1922.

Der Magistrat.

VIII. 321/22.

Steuerbücher für 1923.

Firmen und sonstigen Arbeitgeber, die dem Stadtsteueramt eine Nachweisung über ihre Arbeitnehmer abgegeben haben, findet von Donnerstag den 14. bis Sonnabend den 16. Dezember 1922, vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—5½ Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal, Zimmer 1 die Ausgabe der Steuerbücher für das Jahr 1923 statt.

Die Stadtkasse wird für die einzelnen Arbeitnehmer werden hierfür Steuerbücher bereit halten, die gegen Bezahlung der Steuerbücher ausgehändigt werden.

Die Ausgabe findet vorzugsweise nach folgender Reihenfolge statt:

Mittwoch den 20. Dezember 1922 für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—E
Donnerstag den 21. Dezember 1922 für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben F—L
Freitag den 22. Dezember 1922 für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben M—R
Dienstag den 19. Dezember 1922 für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S—Schluß

Die Ausgabe findet vorzugsweise nach folgender Reihenfolge statt:

Die Steuerbücher können nur gegen Quittung ausgehändigt werden. Die Steuerbücher müssen unverzüglich der die Lohnsteuer zahlenden Firma zugeleitet werden.

Die Stadtkasse wird die Steuerbücher für die Arbeitnehmer, die ihre Anschriften nicht angegeben haben, bis zum 1. Januar 1923 bereithalten. Später können deren Steuerbücher nur gegen Erstattung der Selbstkosten angefordert werden.

Am Stadtamt wohnende Kindergeldempfänger sollen deren Steuerbücher später nur gegen Erstattung der Selbstkosten anfordern können.

Hinterbliebene, die ihre Anschriften unterlassen haben, die ihre Anschriften unverzüglich der die Lohnsteuer zahlenden Firme zugeleitet werden.

Merseburg, den 5. Dezember 1922.

Der Magistrat.

V 5983/22.

Betrifft: Anfschnitte und Prüfungsgebühren sowie Schlußmeisterwerkstätten.

Auf Grund der Gemeindebeschlüsse vom 21. und 27. November 1922 werden die Schlußmeisterwerkstätten, Anschnitt und Prüfungsgebühren bei den Grundgebühr erhöhten Werken ab 1. Dezember 1922 auf das 10fache Betrag der Grundgebühr erhöht. Die Schlußmeisterwerkstätten können in dem städtischen Werken und in der Verkaufsstelle Markt 13 eingesehen werden.

Merseburg, den 1. Dezember 1922.

Der Magistrat.

VIII. 956/22.

Die Sätze der Fleischbeschaugebühren sind nach dem Reichsfleischbeschaugesetz vom 3. 12. 22. Seite 271, vom Tage der Verkündigung ab wie folgt geändert worden:

	Klasse I	Klasse II	Klasse III
1. Einhufer (Pferde usw.)	660,— Mk.	440,— Mk.	220,— Mk.
2. Rinder	484,— Mk.	363,— Mk.	176,— Mk.
3. Schweine	363,— Mk.	176,— Mk.	110,— Mk.
4. Kälber, Schafe, Ziegen	176,— Mk.	110,— Mk.	
5. Fohlen, Lämmer	110,— Mk.		

b) Gebühren für Trichinenfrage:

Schweine (geweckt)	88,— Mk.
Schweine (nicht geweckt)	181,50 Mk.

Merseburg, den 5. Dezember 1922.

Der Magistrat.

II. 1655 22.

Milchverkaufspreis vom 3. Dezember 1922 ab.

Vom Sonntag den 3. Dezember 1922 ab beziehen der Kleinverkaufspreis für das Liter Vollmilch für alle Verbraucher 156 ℳ, den Milchverkäufer, der von den Bezugscheinen Milch abgibt, den Preis von 140 ℳ und den Bezugscheinen Milch abgibt, den Preis von 140 ℳ.

Die Preise für Vollmilch, Magermilch und Buttermilch sind von der Stadt Merseburg (Kreisfürsorgestelle) festgesetzt und können bei der Stadt Merseburg (Kreisfürsorgestelle) angefordert werden. Es wird dringend gebeten, die Bezugscheine nicht zu verlieren, damit gegen die Bezugscheine wegen Preisnachlass eingehalten und keine unbegründete Ware der Handel mit Milch entgegen werden kann.

Merseburg, den 2. Dez. 1922.

L. A. 512 22.

Der Magistrat.

Betrifft: Wahl der Beisitzer zum Versicherungsamt.

Für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt sind von den maßgebenden Arbeitnehmerorganisationen Vorschlagslisten eingereicht worden. Die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt sind von den maßgebenden Arbeitnehmerorganisationen nur je eine Vorschlagsliste eingereicht worden. Die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt ist daher gemäß § 13 der Verordnung vom 10. April 1912 nicht nötig. Die in den beiden einzelnen Vorschlagslisten enthaltenen Personen gelten in der erforderlichen Zahl in Reihenfolge der Vorschläge gewählt.

Gewählt sind hiermit:

a) Arbeitnehmerbeisitzer:

1. Gutsbesitzer Heinrich Gleckner, Gundorfer 2;
2. Fabrikarbeiter Dr. Robert Schubert, Gr. Ritterstr. 10;
3. Kaufmann Alfred Weißling, Markt 9;
4. Gastwirtmeister Theodor Zeitler, Neumarkt 50;
5. Buchdruckereibesitzer Ernst Stolle, Lindenstr. 1;
6. Schriftmeister Eduard Vigel, Gotharstr. 32.

b) Arbeitgeberbeisitzer:

1. Eisenbahnsekretär Ernst Eichner, Gundorfer 2;
2. Lehrer Gustav Schubert, Gr. Ritterstr. 10;
3. Angestellter Otto Sinichel, Kurzestr. 4;
4. Meister Richard Spiegel, Neumarkt 12;
5. Werkmeister Paul Kaulfenbach, Landsiedler Str. 18;
6. Gerichtsrat Gottlieb Stolle, Mühlberg 9.

Merseburg, den 1. Dezember 1922.

III V. 785/22.

Der Wahlleiter. Kirim, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die während der Kriegsjahre von der Städt. Sparkasse Merseburg ausgegebenen Antrittskarten, Kriegssparkarten, Kriegssparmarken (Feldpostbriefe), sind 2 Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes eingelöst. Der Zahlungsfristen ist bereits verstrichen. Wir weisen hiermit die oben näher bezeichneten Antrittskarten usw. zur Einlösung auf, die bereits bestehende Spartätigkeit bei der Städtischen Sparkasse aufzunehmen.

Merseburg, den 28. November 1922.

Sparkassen-Kto. Ep. 370/22. Die städtische Sparkasse.

Bekanntmachung.

Die Stadtverordneten-Sitzung am Montag den 10. d. Mts. fällt aus.

Merseburg, den 6. Dezember 1922.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Junker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 880 M. frei Haus, fäll. b. Vorzeig. der Quittung; Abweichung nur statthaft bei Aufgabe d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholung m. 370, wöchentl. 95 M. — Postbezug monatl. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei 4 Seiten 15 M., 6 Seiten 18 M. u. 8 Seiten 20 M. Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperre usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 12,00 M., im Reklameteil 54,00 M., für Ostsrmzeigen und Nachweisungen 10 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger G. B., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 286. Mittwoch den 6. Dezember 1922 49. Jahrg.

Zum Prozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Vor den Schranken des Staatsgerichtshofs in Leipzig, wo seit Montag der elende Mordversuch an Scheidemann verhandelt wird, wurde gestern eine Zeugin befragt. Sie hatte eine genaue Schilderung des Mordplanes erhalten. Man fragte sie, ob ihr denn nicht ernste Bedenken gekommen seien? Die Zeugin bemerkte, in Oberschlesien geschehe so viel, da sei dieser Fall ihr „belanglos" erschienen. Belanglos! Noch mußr der Ungeheuerlichkeiten: Ein Angeklagter bereif sich auf — Gott. Dieser habe ihm die Waffe in die Hand gedrückt. Der Mann sprach diese Blasphemie in voller Öffentlichkeit aus, empfindungslos für die Gotteslästerung, die darin liegt. In den Kreisen, die den Meuchelmord verehren, meint man also nach göttlichem Gebot zu handeln? Die weitere Verhandlung ergab, daß die Befragung des göttlichen Gebots in einem Kartenspiel „Sechsundsechzig" erfolgt ist. Tridialere Menschen als diese kann man sich also schwer vorstellen. Weitere charakteristische Einzelzüge: die Angeklagten, die Scheidemann gegenübersitzen, treten mit größter Dreistigkeit auf, ja, wurden noch in der Schlußverhandlung nach Scheidemanns politischer Verteidigung gegen ihn aggressiv. Es berührte sie offenbar nicht, dem Mann ins Antlitz zu schauen, den sie morden wollten. Moralische Hemmungen kennt dieses Gesindel nicht. Darum reden sie denn auch so großspurig von — Gott. — Ein Zeuge begegnete einem dieser Helden im Walde unmittelbar nach der Tat. Die Hilferufe der Tochter gellten durch den Wald. Der Verbrecher aber, der das Bewußtsein haben mußte, soeben gemordet zu haben, rannte lachenden Gesichts davon. Mit jener Befriedigung, die Tillessen seinem Bruder so gut nachempfand, als er sagte: „Das ist mein Brüderchen, der hat Erzberger gekillt."

Es ist ein unbedeutendes, geistig ärmliches Gesindel, das so denkt und so handelt. Verworren, verroht, mit einem breitspurigen Selbstbewußtsein ihre Hohlheit verdeckend. Der Meuchelmord gehört sozusagen zu ihrem geistigen Inventar. Er ist ihnen eine Selbstverständlichkeit. Und sie sind so schamlos, das deutsch zu nennen. Angriffe von hinten auf Wehrlose unter sorgfältiger Maskierung nennen sie national.

*

Es ist auch diesmal nur eine traurige Nachlese, die gehalten werden kann. Der Oberreichsanwalt sagte es in seinem Schlußantrag (vergleiche Prozeßbericht auf der Beilage), daß Hintermänner vorhanden, aber nicht faßbar sind. Das Verbrechen hängt in der Kette Erzberger-Scheidemann-Rathenau, aber die Hauptschuldigen sind nicht zu fassen. Die Organisation C verschließt auch diesmal Angeklagten und sogar Zeugen den Mund. Man muß es deren Angehörigen lassen, daß sie sich darauf verstehen, Terror zu üben, Schweigen zu erzwingen. Am Prozeßorte sitzt hinter Schloß und Riegel nun auch der „Konsul" selbst. Auch er bejaht die erprobte Taktik, anzugreifen. Er protestiert gegen seine Festnahme. Er ist sich keines Vergehens bewußt. Ein völlig korrekter Mann! Es ist Zufall, daß Kern und Fischer ihm vor dem Ende gehuldigt haben, und es ist Zufall, daß die beiden jetzt Angeklagten sich mit Vorliebe als Ehrhardtleute aufzespielt haben . . .

*

Eine Erquickung ist, in dem Wust von rohen, von unwahren Aussagen, von hohlen „nationalen" Redensarten dann die klare Rede des Oberreichsanwalts zu vernehmen. Er spricht scharf und gerecht. Und das ist es auch, was dem Staat gegenüber all diesen Bestrebungen nottut, die mit frecher Verachtung der Gesetze ihren Machtstaat im Staate aufzurichten suchen: Schärfe und Gerechtigkeit.

Mit der größten Aufmerksamkeit aber sollten alle Erzieher die Symptome studieren, die sich in dergleichen Prozessen ergeben. Die Wahrung des nationalen Rechtsgefühls ist eine nationale Existenzfrage. Endlich aber ist das Prozeßergebnis ein durchaus persönliches Kapitel für alle diejenigen Rechtsstehenden, die noch am Christentum festhalten. Es sei ihnen gesagt: Zwischen den Propagandamethoden der rechtsradikalen Presse und den Meuchelmordmethoden der Kern, Fischer, Tillessen, Hustert, Oehlschläger und Genossen besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Es genügt nicht, nach solchen Untaten entsetzt von solchen Verbrechern abzurücken. Es ist vielmehr nötig, die ganze Art und Weise der Propaganda mit zu bekämpfen, die zu solcher bodenlosen Verlumpung unseres öffentlichen Lebens führt. Wir betonen, daß eine solche Aufforderung nur denen gegenüber Sinn hat, die christlich-konservativ denken.

Man muß Prozesse wie den vor dem Leipziger Staatsgerichtshof in ihrer allgemeinen Bedeutung würdigen. Der Prozeß gegen die des Mordversuchs an Scheidemann Schuldigen ergibt, daß der wüste und sinnlose Radikalismus, der diesem und den verwandten Verbrechen zugrunde liegt, letzthin auf unsere nationale Selbstvernichtung hinauslaufen muß. B.

Das Programm für die Londoner Vorkonferenz.

Man wird es nunmehr als feststehend betrachten dürfen, daß in London Vorbesprechungen für die Brüsseler Finanzkonferenz stattfinden. Weniger endgültig setzzustehen scheint, ob diese Beratungen wirklich am 9. Dezember beginnen werden. Wenn man einer Meldung des Pariser Timeskorrespondenten glauben darf, so wünschen die Franzosen in London über folgende sieben Punkte eine Einigung zu erzielen: 1. Endgültige Festsetzung der Höhe der deutschen Schuld, 2. Zahlungsmethode, 3. Verteilung der Zahlungen unter die Alliierten. 4. Liquidation der gegenseitigen alliierten Schulden, 5. Wiederherstellung der deutschen Finanzlage unter alliierter Kontrolle, 6. Aufbringung einer internationalen Anleihe, 7. Maßregeln für den Fall einer deutschen Nichterfüllung. Man wird zugeben müssen, daß diese Problemstellung sehr richtig gesehen ist, aber ebenso wenig ist zu leugnen, daß diese sieben Punkte ebensoviele Differenzpunkte sind. Denn wenn es bisher möglich gewesen wäre, auch nur über die wichtigsten dieser Punkte eine Einigung unter den Alliierten zu erzielen, so wäre die Londoner Vorkonferenz ebenso überflüssig, wie die Brüsseler Konferenz. Von diesen Gesichtspunkte aus gesehen, läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß London wichtiger sein kann als Brüssel. Denn hier soll die künftige gemeinsame Linie der Alliierten festgelegt werden, um in Brüssel eine geschlossene Front gegenüber Deutschland zu bilden. Hinter die französische Erwartung, daß es so kommen werde, darf man aber vor der Hand noch ein großes Fragezeichen machen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil hier ein gewisser Unsicherheitsfaktor gar nicht mit in die Berechnung einbezogen ist: nämlich Herr Mussolini. Ein kleines Tröpfchen Wermutk ist den Franzosen ohnehin schon in den Becher ihres Verdens

Verhandlungen zwischen Reich und Ländern.

Zehn Jahre Zuchthaus für Hustert und Oehlschläger.

Berlin, 6. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder traten heute vormittag erneut zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zusammen. Die Beratungen dürften heute zum Abschluß kommen. Auch die Verhandlungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die Antwort auf die Sühnenote wurden heute vormittag fortgesetzt. Das Reichskabinett hat noch nicht endgültig Stellung zu dieser Frage genommen. Alle Nachrichten über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwort eilen den Tatsachen voraus. Es ist im übrigen nicht anzunehmen, daß die Note schon heute oder morgen ihre Beantwortung finden wird; vielmehr wird der bayerische Ministerpräsident nach seiner Rückkehr aus Berlin in München über die Besprechungen mit der Reichsregierung Bericht erstatten und dann erst eine Stellungnahme der bayerischen Regierung herbeiführen. Die Beschlüsse der bayerischen Regierung werden sodann der Reichsregierung übermittelt werden, die für die Beantwortung der Note zuständig ist. Da eine ultimative Frist für die Erfüllung der Forderungen mit dem 10. Dezember angegeben ist, so verträgt die Angelegenheit natürlich keine Verschleppung. Es kann auch als sicher angenommen werden, daß die Antwort der deutschen Regierung in der vorgeschriebenen Zeit erfolgt.

Die neue Note der Botschafterkonferenz.

Berlin, 6. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Zu der neuen Note der Botschafterkonferenz über die Umwandlung der Interalliierten Militärkontroll-Kommission in eine Militär-Garantie-Mission hat die Reichsregierung noch nicht Stellung genommen. Die Fälle liegen hier nicht ganz so einfach, wie es zunächst den Anschein hat. Gewiß würde eine solche Umwandlung finanzielle Vorteile für das Reich mitbringen, die aber teuer erkauft werden müssen. Während nach dem Versailler Vertrag die Interalliierte Militärkontroll-Kommission nach Erfüllung ihrer Aufgaben verschwinden muß, versucht die Entente die Überwachung durch die Garantiekommission auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Dementi der Türken.

Lausanne, 6. Dez. (WTB.) Ismed Pascha hat die Presse zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachrichten über die Lage der Christen in Konstantinopel dazu angetan sind, Verwirrung hervorzurufen. Sie würden nur verbreitet, um die Verhandlungen zugunsten Griechenlands zu beeinflussen.

Das Urteil im Scheidemann-Prozeß.

Leipzig, 6. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die Angeklagten Oehlschläger und Hustert wurden wegen gemeinsamen Mordversuchs, Oehlschläger auch wegen unerlaubten Waffenbesitzes wie folgt verurteilt: Oehlschläger zu 10 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Hustert zu 10 Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der Reichspräsident und Minister Oeser in Dessau.

Dessau, 6. Dez. (WTB.) Der Reichspräsident und Minister Oeser sind, einer Einladung der Anhaltischen Regierung folgend, heute vormittag hier eingetroffen. Nach dem Empfang auf dem Bahnhof begaben sich die Herren in das Staatsministerium, wo ihnen die Mitglieder der Landesregierung vorgestellt wurden. Im Laufe des Tages besichtigten die Gäste die philantropische Ausstellung in der Landesbücherei, die Junkerwerke und die Einrichtungen des Konsum-Vereins. Am Abend findet in den Räumen des Staatsministeriums ein größerer Empfang statt.

Das Vermögen Ehrhardts beschlagnahmt.

Leipzig, 6. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Beschwerde des Kapitänleutnants Ehrhardt gegen den Haftbefehl zurückgewiesen. Weiter hat der Gerichtshof beschlossen, Ehrhardts gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen. Wie verlautet, verfügt der Verhaftete über ein sehr beträchtliches Vermögen in Bayern.

Die Lage der Christen im Orient.

Lausanne, 6. Dez. (WTB.) Der päpstliche Nuntius in Bern Mögre Maglione hatte gestern mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Besprechungen über die Lage der Christen in Kleinasien, wobei auch die Athener Unterteile gestreift wurden. Im Auftrage des Vatikans intervenierte er bei Venizelos und erhielt von ihm befriedigende Zusicherungen.

Der Nuntius hat ferner an den Präsidenten der Lausanner Konferenz eine Note gerichtet, in der der Heilige Stuhl namens der Humanität bringend um sofortige wirksame Maßnahmen zur Sicherstellung der schon so grausam heimgesuchten christlichen Bevölkerung in der Türkei ersucht.

Amerikanische Warnungen.

London, 6. Dez. (WTB.) Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte gestern auf einem Essen im amerikanischen Klub zur europäischen Lage, die ganze Welt stehe einer großen Gefahr gegenüber. Die Zusammenkunft der Premierminister der vier alliierten Mächte Europas Ende dieser Woche sei

die bedeutsamste Begegnung, die seit 1918

stattgefunden habe. Es gebe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. Es gebe solche Dinge, wie das Aushungern von Nationen durch andere. Wenn die Premierminister der vier großen Nationen Europas die Gefahr nicht abwenden könnten, welchen Zweck habe es denn, irgendwelche größeren und besseren Ergebnisse von der Zusammenkunft untergeordneter Persönlichkeiten in Brüssel zu erhoffen? In London müsse innerhalb der allernächsten Wochen eine internationale Vereinbarung erzielt werden.

Paris, 6. Dez. (WTB.) Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson, Tumulty, der von einer längeren Studienreise in Deutschland zurückgekehrt ist, hat einem Berichterstatter des „Intransigeant" erklärt: Die Lage in Deutschland ist kritisch. Das Schicksal Deutschlands wird sich in sechs Monaten entscheiden. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung von seiten Frankreichs und Englands findet — und Amerika sei bereit, mit dabei zu helfen —, so glaube er, daß eine Katastrophe von unberechenbaren wirtschaftlichen Folgen das Ergebnis sein werde. Er werde in Amerika seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die in Deutschland gewonnenen Eindrücke zur Geltung zu bringen.

Aus dem reichen französischen Phrasenschatz.

Der französische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 5. Dez. Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten französischen Botschafter de Margerie zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. Dabei hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er ausführte, er werde alles tun, um die Absichten seiner Regierung zu verwirklichen, die in friedlicher Arbeit (!) an der Aufrechterhaltung jener Politik der wirtschaftlichen Stabilität mitzuarbeiten wünsche (!), die allein nach so großen Erschütterungen die Nationen in die Lage setzen könnte, in gegenseitigem Vertrauen ihren Entwicklungsgang wieder aufzunehmen. Er wolle den Beweis für den aufrichtigen Wunsch seiner Regierung liefern, daß zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages die für den Fortschritt dieser neuen Welt unentbehrlichen Beziehungen wiederhergestellt und entwickelt werden. Er bringe dafür neben leidenschaftlichem Wahrheitskunst und entschlossenem Streben nach Einhaltung der richtigen Maße (!) die unerschütterliche Absicht mit, die Rechte Frankreichs zu wahren und die Rechte Deutschlands zu achten. Er vertraue darauf, daß der Präsident und die deutsche Regierung ihn hier unterstützen werden, da sonst seine Arbeit Gefahr laufe, nicht alle ihre Früchte zu zeitigen. Der Reichspräsident antwortete u. a.: Die deutsche Reichsregierung werde alles tun, um jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die das Ziel der Gegenwart sei. Jener Sinn für Maß und Wahrheit, den der Botschafter erwähne, werde dabei entscheidend mitzuwirken haben. Der Botschafter werde, wenn er die immer schwerere Lage Deutschlands näher kennen lerne, Gelegenheit finden werden, da sonst seine Arbeit Gefahr laufe, nicht alle ihre Früchte zu zeitigen. Der Reichspräsident antwortete u. a.: Die deutsche Reichsregierung werde alles tun, um jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die das Ziel der Gegenwart sei. Jener Sinn für Maß und Wahrheit, den der Botschafter erwähne, werde dabei entscheidend mitzuwirken haben. Der Botschafter werde, wenn er die immer schwerere Lage Deutschlands näher kennen lerne, Gelegenheit finden werden, da sonst seine Arbeit Gefahr laufe, nicht alle ihre Früchte zu zeitigen.

den Weg gehen wird, auf dem die Ehre und Würde des deutschen Namens gewahrt und die standhafte Treue der wackeren Pfälzer verdolten wird. Die Erklärung des Präsidenten wurde vom Hause mit lebhafter Zustimmung begrüßt.

Dollar mittags 12 Uhr: 8325.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221206-16/fragment/page=0007